

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

51. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbellegebühren. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 7. Juni 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsrate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 64

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Die Lehren von 1873. — Reichseinigungsamt. — Zur Generalversammlung: Das Recht auf Arbeit; Ein offenes Wort in letzter Stunde.

Das Buchgewerbe im Auslande: Belgien. — Serbien. — Italien. — Spanien. — Türkei.

Genießen: Die Leipziger Ausstellungen, II.

Korrespondenzen: Barmen. — Dessau. — Dortmund. — Eisenach. — Eilen (Ruhr). — Homburg v. d. S. — Stuttgart. — Wittenberg (M.).

Kundschau: Neues Verzeichnis der tariffreien Druckereien. — Ferienerweiterung. — Meisterprüfung. — Ein österreichischer Handelskammerbericht. — Verhaftung wegen Verdachts der Brandstiftung. — Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914. — Buchdrucker im dänischen Reichstage. — Kirchlicher Terrorismus gegen Arbeiter. — Unternehmerbedenken gegen ein staatliches Zwangslichtgesetz für die Industrie. — Nach dem Kampf im Malergewerbe.

Literarisches: „Epigraphische Mitteilungen.“

Bericht der Hauptverwaltung über den Monat April 1913.

Die Lehren von 1873

In Nr. 55 brachten wir unter der Überschrift „Anno 1873“ drei Artikel über die uns heute noch stark fesselnde Buchdruckerbewegung vor vierzig Jahren, von denen der über die abgeklärte Taktik der Verhandlung gewiss nicht das geringste Interesse hätte. Für einige Nummern später wurde ein Schlussartikel angekündigt, der unter voller Anerkennung des kräftigen Erfolges die praktischen Folgen würdigen resp. kritisch werten und die niemals unberücksichtigten Begleiterscheinungen näher ins Auge fassen sollte. Dazu bietet der weitere Verlauf dieses zweifeln allgemein Vorgehens der deutschen Buchdrucker zur einheitlichen Regelung der Arbeitsbedingungen eine wirklich ansehnliche Ausbeute. Der erste derartige Vorfach, der im August 1848 unternommene Versuch, die bekannten Mainzer Beschlüsse in die Praxis umzusetzen, scheiterte, wie innerlich, an dem für die damaligen ersten organisatorischen Anfänge zu großen Widerstande der Prinzipale und den noch heftigeren Verfolgungen solcher Bestrebungen von Seiten der staatlichen Macht. Ein Vergleich der Bewegungen von 1848 und 1873 zeigt also eine zu große Ungleichheit in den Chancen für die Gehilfenschaft. Bestand im Jahre 1873 unsere Organisation auch erst sieben Jahre, so hatte sie doch schon am 1. März in 342 Druckorten 6889 Mitglieder aufzuweisen, was bei einer Gesamtgehilfenschaft von 10.000 denn doch eine ganz andre Voraussetzung für einen Kampf mit der Prinzipalität bedeutete, als sie im Jahre 1848 gegeben war. Die vielen lokalen Bewegungen in den 60er Jahren und zu Anfang der 70er, die gewiss nicht immer befriedigende Ergebnisse, aber auch ganz annehmbare Erfolge brachten, hatten ein Vorgehen auf der ganzen Linie jedoch zu einer gewissen Notwendigkeit gemacht. Dazu kam eine außerordentlich günstige wirtschaftliche Konjunktur. Ein wahrer Goldregen floß auf das aus dem Kriege mit Frankreich siegreich hervorgegangene Deutschland hernieder. Diese unter der Bezeichnung „Gründerzeit“ keineswegs nur als glanzvoll bekannt gebliebene, ungewöhnliche Wirtschaftsperiode, die dem Vorgehen der Gehilfenschaft so vorzüglich aufstatten kam, hätte leicht im entscheidenden Momente für die 1873er Bewegung verhängnisvoll werden können. Der Börsenkrach in Wien, dieses die ganze Unmäßigkeit des damaligen rasenden Aufschwunges wie ein Kartenhaus zusammenstürzende explosive Ereignis, erfolgte zum Glück erst nach den gemeinsamen Tarifverhandlungen und der Festsetzung wie der Publikation des ersten allgemeinen Tarifs, allerdings nur einige Tage später. Es kann also keinem

Zweifel unterliegen, daß das 1873er Ergebnis mit der derben Niederlage unserer zum ersten Male von allen Unternehmerkategorien das Mittel der Aussperrung anwendenden Prinzipale zu einem ganz erheblichen Teil in Umständen seine Erklärung findet, die außerordentlichen Zeitverhältnissen entspringen. Deshalb darf auch nicht automatisch gefolgert werden: Was damals dem Verbanne mit annähernd 70 Proz. Organisierten und nur schwachem finanziellen Rückzuge gelang, muß ihm mit jetzt über 90 Proz. und einem Vermögen von 9¹/₂ Millionen Mark in der Hauptkassette ein leichtes sein, zu erreichen. Das wäre der ärgste gewerkschaftliche Trugschluß.

Wenn wir nicht, wie in Nr. 55 angedeutet, in einigen Nummern darauf die Kehrseite der Medaille betrachten könnten, so lag das an den vor dem Stafffinden einer Generalversammlung stets ganz unsicheren Raumverhältnissen des „Korr.“. Zu belagen hat diese ungewollte Verzögerung indes gar nichts, denn wir leben noch immer innerhalb des Zeitausmaßes der bedeutungsvollen Ereignisse vor 40 Jahren.

Wohl wurden am 21. April Streik und Aussperrung offiziell für beendet erklärt, und der Tarif sollte ebenso fahrplanmäßig am 8. Mai in Kraft treten, aber es kam manches anders. In Leipzig trat, wie schon in dem ersten Artikel unter dem Rubrum „Anno 1873“ ausgeführt wurde, erst am 13. Mai Friedensschluß ein. In München endete die Aussperrung erst mit Pfingsten; man wollte dort die führenden Personen nicht wieder einstellen, mehrfach Verbandsmitglieder überhaupt nicht wieder. Es war nicht immer die bei den Leipziger Verhandlungen der örtlichen Erledigung überwiesene Angelegenheit der Lokalaufschläge, auch die Bildung der Einigungsämter bereitete Schwierigkeiten, nicht zuletzt aber die Anerkennung und Einführung des Tarifs an sich. So trafen in Aachen erst am 29. Juni die Gehilfen in den Streik, weil die dortigen Prinzipale von dem Tarif absolut nichts wissen wollten. In Danzig bewilligten nach sechswöchigem Unterhandeln die Prinzipale endlich am 28. Juni, als sie sahen, daß die Gehilfen sich nicht länger hinziehen lassen wollten. Am 8. Juli brach in der Druckerei der „Frankfurter Zeitung“ ein Konflikt aus wegen Nichteinhaltung des Tarifs. In anderen Orten, so in Hildburghausen und Stralsund, führte im Juni übermäßige Einstufung von Lehrlingen in den Hauptdruckereien zu Differenzen, obwohl der 1873er Tarif keine Lehrlingskala enthielt. Die Lokalaufschläge gestalteten jedoch die Einigung zwischen Prinzipalität und Gehilfenschaft schwer genug. Man stellte damals von Gehilfen Seite in dieser Frage weitgehende Forderungen auf und setzte sie nach mehr oder minder großem Widerstande auch durch, so Berlin 33¹/₂ Proz., Hamburg 22¹/₂ Proz., Frankfurt a. M. 20 Proz., Danzig 20 Proz., Leipzig 16¹/₂ Proz. Andererseits kamen aber auch Vereinbarungen in betreff des Lokalaufschlags zustande, die recht bescheiden zu nennen waren, so Mainz und Kassel mit je 5 Proz. Die Regelung der Lokalaufschlagsangelegenheit zog sich sehr lange hin. Königsberg a. B. faßte erst im August den Entschluß, 16¹/₂ Proz. Zuschlag zu fordern. Die Folgezeit hat dann bald zu der Erkenntnis geführt, daß die hohen Lokalaufschläge nicht zu halten waren. Das war aber nicht der einzige Punkt, wo die Prinzipale 1876 und 1878 einhaken, als von der goldenen Medaille von 1873 eine recht unangenehme Kehrseite zum Vorschein kam.

Diese Nachkämpfe, über die im „Korr.“ mit ziemlicher Lebhaftigkeit berichtet wird, bildeten wohl auch die Ursache, daß erst am 28. Juni die allgemeine, von verschiedenen Orten freiwillig noch erhöhte Extraststeuer von 75 Pf. wöchentlich aufgehoben wurde. Die von 300 Firmen in 70 Städten vorgenommene, sich im Maximum auf sechs Wochen erstreckende Aussperrung gestaltete sich für die Prinzipale gewiss zu einem großen Fehlschlag — auf der Generalversammlung der Prinzipalsorganisation am 10. Mai wurden die zur Aussperrung geführten Beschlüsse „inhaltschwer“ genannt (ob man wohl die vorjährigen Breslauer in Anlehnung daran „folgeschwere“ hieß?) —, aber der Gehilfenschaft erkundete doch aus den Nachbewegungen wie aus den direkten Folgen des Kampfes größere Opfer, als es nach oberflächlicher Betrachtung erscheinen mag.

Bei dem in Leipzig 14 Wochen lang geführten Hauptstoß mit seinen 61800 Mk. betragenden Kriegskosten war es auch damit nicht getan. Der Leipziger Verein wurde vielmehr im ersten Quartale 1873 durch die Abreise von 311 Mitgliedern wie durch den Austritt von 102 Seibern und Druckern — von denen hinsichtlich der größte Teil als streikengeblieben zu betrachten ist — sowie durch den der Extraststeuer wegen erfolgten Austritt von 48 Schriftsetzern nicht unbeträchtlich geschwächt. Magdeburg, das den Vorort eines gleichnamigen Gaus bildete, ging für die Organisation total verloren, da die dortigen Gehilfen mit dem Gauvorsitzenden an der Spitze vor der entschiedenen Haltung der Prinzipale kapitulierten. Der Gau Magdeburg wurde infolgedessen aufgelöst und ging in dem Saalegau auf. Nicht Magdeburg bot Karlsruhe ein schlechtes Bild der Geschlossenheit. In Mainz entging man mit genauer Not diesen „Vorbildern“. An andern Orten wieder blieben viele Opfer auf der Strecke, z. B. in Hannover zunächst 161 Ausgesperrte. In der dritten Woche nach Aufhebung des Kampfes waren für Verbandsmitglieder geschlossen, einesteils wegen noch bestehender Konflikte, andernteils wegen ausschließlicher Beschäftigung von Nichtverbandsmitgliedern: Magdeburg, Karlsruhe, Kassel, Stehob, Ludwigshafen, Meiningen, Neuenburg, Norden ganz; Braunschweig (7 Druckereien), Köln (3), Erfurt (3), Elberfeld (2), Gera (2), Heidelberg (2), Kempten (2), Nordhausen (2), Reußlingen (2), Tübingen (2), Weimar (2) usw. Nach der im „Korr.“ am 28. Juni veröffentlichten Liste der geschlossenen Druckereien war es nicht besser, sondern schlimmer geworden. Magdeburg erscheint wieder mit allen Druckereien als gesperrt, Karlsruhe hatte nur erst eine offene Druckerei aufzuweisen; in Berlin (das von der Aussperrung gleich Dresden, Bremen, Lübeck, Straßburg usw. verschont blieb) sind acht Druckereien bzw. Siebereien geschlossen (darunter auch die des an den Tarifverhandlungen beteiligt gewesenem Prinzipalsvertreter), in Braunschweig 7, in Erfurt 5, in Münster 4, in Köln 3, in Reußlingen 3, Darmstadt 3, Kempten 3, in Bonn 2, Danzig 2, Dresden 2, Elberfeld 2, Gera 2, Hamburg 2, Leipzig 2, Nordhausen 2, Trier 2, Tübingen 2, Weimar 2, Wiczau 2 usw. Bemerkenswert ist, daß unter den in diesen Orten ausgeführten gesperrten Offizinen sowie in den mit nur einer geschlossenen Druckerei genannten, vorstehend nicht erwähnten Städten, es nicht selten erst nach langer Zeit, vereinzelt erst bei den Tarifrevisionen von 1896, 1901 oder 1906 gelang, sie für die Tarifgemeinschaft und den Verband zurückzugewinnen. Bieweg & Sohn in Braunschweig stehen jetzt schon

seit Jahren wieder außerhalb der gewerblichen Ordnung. Die älteren Kollegen werden ja noch wissen, von wie vielen Druckereien noch in den späteren Jahrzehnten die Rede war, daß sie durch 1873 verloren gingen. Was, genauer gesehen, eigentlich helfen müßte: sie konnten bei der nach 1873 eintretenden tariflichen Veroute nicht für die Tariffrage gehalten werden.

Wenn auf dem vierten Buchdruckerstage (Dresden 1874) der Verbandspräsident erklärte, der Tarif sei meistens nur in großen und in einigen mittleren Städten eingeführt, so muß man den Erfolg von 1873 nach der tariflichen Seite hin, auf die doch das Hauptgewicht zu legen ist, mit kritischeren Augen betrachten, als es nach dem Gesamtergebnisse der Tarifverhandlungen im Mai 1873 notwendig erschien. Aus dem Protokolle von 1874 geht das so deutlich wie nur etwas hervor, denn der Verbandsvorsitzende Härtel sagte in seinem Rückblick auf die 1873er Bewegung:

In den größeren und mittleren Städten kann man sich nicht gerade über prinzipielle Weigerung beklagen, diesen Tarif einzuführen, aber das, was eigentlich beabsichtigt wurde, eine allgemeine Einführung desselben, ist bis heute nicht erfolgt, und es scheint fast, als ob dieses Ziel, dessen Erreichung selbstverständlich im Interesse der Prinzipale wie Gehilfen liegt, für die nächste Zeit nicht erreicht werden wird. Wir befinden uns noch immer in einer fortwährenden Preisbewegung.

Also bei dem ersten deutlichen, gewissermaßen im Sturme gewonnenen Buchdruckerstärkung zeigte sich schon, was bis zu der neuen Tarifgemeinschaft eine ständige Erscheinung war: zwischen Beschlehen und Einführern bestand ein großer Unterschied! Niemand hat das unumwundener anerkannt als Richard Härtel selbst, der Mollke von 1873, in seiner 1898 in Leipzig gehaltenen Gedankrede (siehe Nr. 55). Das Unternehmertum in unfernt Gewerbe hatte sich übrigens von dem großen Mißerfolge der 1873er Aussperrung nicht so bekehren lassen, wie man annehmen sollte. Gedachte doch Härtel bei der Eröffnung der Dresdner Tagung am 22. Juni auch mit Worten der Sympathie der seit dem November 1873 dauernden Aussperrung der Berliner Schriftgießer, deren Löhne herabgesetzt werden sollten. Die Schiedsrichter (Schiedsgerichte) und das Einigungsamt standen nach Jahresfrist, d. h. zur Zeit des Dresdner Buchdruckerstages, auch meistens nur auf dem Papier; eine Behauptung, der ohne weiteres zu glauben ist, weil sie von Richard Härtel selbst aufgestellt wurde.

Mit der Arbeitslosigkeit muß es bei dem ein-

getretenen rapiden wirtschaftlichen Niedergang in den nächsten Jahren böse ausgefallen haben. Da es damals die Reise wie die Arbeitslosenunterstützung doch nicht gab, ist darüber allerdings zahlenmäßig nichts zu berichten. Es ist zwar versucht worden, statistisches Material über den Umfang der nachfolgenden Arbeitslosigkeit zu erlangen; wie aber Härtel in Dresden 1874 mitteilen mußte, blieb dieses Bemühen völlig resultatlos. Die Kollegen hatten damals noch sehr wenig Sinn für Statistik, wozu es bekanntlich langer gewerkschaftlicher Erziehungsarbeit bedarf. Befriedigen kann es ja jetzt nicht, wie die Kollegen diesem Teil unsrer sogar durch Statist. festgelegten Aufgaben nachkommen.

Der Mitgliederstand verringerte sich zwar durch die Aussperrung vortübergehend etwas, hob sich dann aber wieder, wozu allerdings eine zu Anfang 1874 beschlossene sogenannte Minnekiste für Wiedereintretende ihr gut Teil beigetragen haben mag. Die von der Prinzipalität offen ausgesprochene Abneigung, den Verband mit der Aussperrung zu vernichten, wurde also aufzuhalten, was wir heute noch als einen Haupterfolg des 1873er Kampfes einschätzen können. Aber damit ging es abwärts. 1877 zählte die Organisation nur noch 551 Mitglieder, und erst 1881 war die Mitgliederzahl von 1873 wieder überschritten. Wie 1874 auf dem Dresdner Buchdruckerstage zum Ausdruck kam, maß man die Schuld, daß die Tarifeinführung so wenig befriedigte, dem Fehlen einer Unterstützung für Arbeitslose zu. Der Rückgang in der Mitgliederzahl ist in der gleichen Ursache zu suchen. 1875 wurde dann die Reise, und 1880 die Arbeitslosenunterstützung eingeführt. Der große gewerkschaftliche Wert der Unterstützung der Arbeitslosen erhellt daraus ohne weiteres. Hätte sie schon bestanden, wäre zunächst die Verallgemeinerung des Tarifs besser vorangetrieben gegangen, trotz der eintretenden schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, und später hätte der offensichtliche Rückgang der Tarifsache sicher mehr hinfangehalten werden können. Das starke Organisationsvermögen der beste Schutz der Tarifverträge sind, diese erst 1899 auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongress anerkannt, vom Kollegen Härtel in seiner Resolution ausgesprochene Wahrheitsbezeugung, die bereits an den nach 1873 gemachten Erfahrungen.

Wie jedoch die Verhältnisse damals lagen, hatte der unterlegene Teil, die Prinzipalität, schnell wieder Oberwasser bekommen, wobei ihr die allgemeine wirtschaftliche Konjunktur, die erst den Gehilfen so

außerordentlich zustoßen kam, nach deren gründlichem Umschwung in ganz hervorragender Weise dienstbar war. Für das dem Unternehmertum so schätzbare Mehrverdienervermögen, das in der Folge des 1873er Kampfes gegründeten Freien Vereinigung — nach einem in Leipzig zuvor gemachten unbefriedigenden ähnlichen Versuche — sozusagen Hand und Fuß bekam, zeigten die auf ihre Einheitsorganisation pochenden Prinzipale schnell das richtige Interesse. Auf die Idee der Normalzeitungen, für die 1911 bei der Tarifrevision bekanntlich alle Vorbereitungen getroffen waren, war man damals auch schon gekommen; praktisch fand sie in Posen Verwirklichung.

Dazu kam eine ziemlich ausgedehnte Anwesenheit der Drucker, die fast allenfalls mit einer um diverse Prozente gegen die Verbesserungen der Seher zurückbleibenden Lohnerhöhung fürlieb nehmen mußten, da die ersten Tarifabschlüsse eigentlich nur Sehetarife waren. Von Nürnberg aus erging deshalb bald nach Beendigung des Kampfes der Ruf zur Gründung eines Maschinenmeisterverbandes, der bei den Dresdner Druckern ein stärkeres Echo fand. Der 1873 siegende Teil, die Gehilfenschaft, befand sich also bald in einer keineswegs beneidenswerten Position. All diese Momente wie auch die Tatsache, daß von Mitte 1872 bis dahin 1875 der Verband als solcher die ansehnliche Summe von 21918 Mk. für Tarifzwecke und Tarifkämpfe aufzuwenden hatte, zeigen uns, daß der anheimelnde so große Erfolg von 1873 bei ruhiger Betrachtung ein Erkleckliches von seinem Glanze verliert. Daß durch die Tarifreduktionen von 1876 und 1878 wie den danach folgenden noch größeren tariflichen Niedergang dieser Eindruck sich noch mehr aufwängt, ist eine Konstatierung, die unerläßlich ist, wenn man der geschichtlichen Treue nicht Gewalt antun will.

Wohl bleibt die sehr geschickte Taktik Härtels, der übrigens den Tarifverhandlungen im Mai nicht persönlich beizuwohnen, statemalen er auf Bekleben der Prinzipale in dieser Zeit „fern von Madrid“ auf dem Nachmarkt in Leipzig ein beachtliches Dasein führte, dessenungeachtet eine große Tat, denn ohne sie wäre der Prinzipalen die Ueberrumpfung der Gehilfenschaft vollständig gelungen, wie durch die Begünstigung und die Solidarität der Kollegen während des Kampfes für immer ein leuchtendes Vorbild bleibt, denn mit den Unterlegungen sah es zu jener Zeit doch ein ganz Teil anders aus als heutzutage in Konfliktfällen. Auch soll nicht unerwähnt bleiben, daß gleich Härtel noch andre Kollegen die Wahr-

Die Leipziger Ausstellungen

II.

Die Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik 1914, die modern geführt, aber wenig schön „Buga“ heißt, wird eine Weltausstellung im besten Sinne des Wortes werden. Was der gegenwärtigen Kaufausstellung in Leipzig in ziemlichem Maß abgeht: der internationale Charakter, er wird „unfernt“ Ausstellungen, wie der deutsche Buchdrucker nicht allzu unbeschneiden die nächstjährige Kulturschau in Leipzig wohl nennen möchte, ganz ausgeprägt zu eigen sein.

Und dann dieses Gewinnsfeld von Kongressen und Generalversammlungen während der Ausstellungsdauer und zum größten Teil auf dem Ausstellungsterrain selbst! Auch darin wird die „Buga“ der noch etwas kürzer „Iba“ gefassten diesjährigen Leipziger Ausstellung überlegen sein. Daß durch gemeinsame Besuche aus dem Buchdrucker- und ganz speziell von Gehilfen Seite die Buchgewerbeausstellung ausgezeichnet werden wird wie keine andre zuvor, das steht jetzt schon außer Frage. Aus der vorigen Nummer des „Korr.“ haben die Leser bereits erfahren, daß in dieser Beziehung selbst das Ausland bereits tief rüffel.

Die Leipziger Gehilfenschaft wird daher wohl bald Rat pflegen, wie sie die nächstjährige Invasion mit gafffreundlicher Würde und Geduld wie auch mit der erforderlichen kollegialen Note über sich ergehen lassen will. Denn daß von einer fäglichen Bereitschaft, die auswärtigen Besucher „vom Bau“ zu empfangen und zu führen, nicht die Rede sein kann angesichts der halbjährigen Dauer der Ausstellung, dürfte einleuchtend sein. In Leipzig muß während dieser Zeit auch gearbeitet werden, und zwar anstrengend und ausdauernd, wie es in Pleißenheim vielleicht allen andern Druckstädten voraus bei seiner modernen und sogar übermodernen Betriebsmethode üblich ist.

Einstweilen sei aber den dringenderen Notwendigkeiten unsre Aufmerksamkeit zugewandt. In dem ersten Aufsatze wurde in genügender Weise dargelegt, daß der neuzeitlichen Richtung in Ausstellungenwesen: der Spezialausstellung, auch von den Gewerkschaften gebührendes Interesse entgegengebracht wird. Daß die Gehilfenorganisationen im graphischen Gewerbe daher auch als Aussteller in Betracht

kommen, darüber wird wohl nicht lange Zweifel bestanden haben. Allerdings nicht, um an hervorragenden Erzeugnissen den hohen Stand der einzelnen Branchen zu veranschaulichen, womit der Buchdruck ja ohne weiteres bedeutend dominieren würde. Das wäre ein verfehlter Zweck und eine falsche Übung dazu, denn nach dieser Richtung wird die nächstjährige Leipziger Weltausstellung geradezu glänzend werden sein. Für uns kommt vielmehr in Betracht, den Ausstellungsbesuchern zu demonstrieren, mit welchen Hilfe das graphische Gewerbe seinen Weg zu so erstklassiger Höhe nehmen konnte. Es muß gezeigt werden, daß dank einer intelligenten, in jeder Beziehung fortschrittsbewußten Arbeiterkraft der deutschen graphischen Industrie ihre unbestrittene Vorrangstellung in der Welt zu erreichen möglich war.

Die moderne Ausstellungsrichtung ist auch darin weitblickend. Vor zwei Jahren, bei ihrer Einführung in Dresden, allerdings noch nicht. Die Leistung der Hygieneausstellung trifft zwar nicht die Hauptschuld, aber der Vorwurf war ihr mit Fug und Recht zu machen, daß sie sich so wenig standhaft zeigte gegen die (erfolgreichen) Bemühungen von mit dem Wahrzeichen des Krebses behafteten Kräften, den deutschen Gewerkschaften die Beseitigung an der Dresdner Ausstellung zu verweigern. Man ist in Leipzig auf eine solche Rückständigkeit nicht mit einem bloßen Gedanken gekommen. Die Ausstellungsleistung für 1914 ist noch weiter gegangen als die diesjährige: sie hat von Anfang an zu erkennen gegeben, daß ihr viel daran gelegen, auch die Arbeiterorganisationen unter den Ausstellern zu leben.

Die Gewerkschaften des graphischen Gewerbes, also die Verbände der Steindrucker und Lithographen, der Buchbinder, der Hilfsarbeiter und der Buchdrucker selbst, betrachteten seit langem die Frage ihrer Beteiligung als erledigt. Aber das Mai sollte in Leipzig selbst die Entscheidung fallen. Am 23. Mai wollten zu diesem Behufe die Vorstehenden der gedachten Organisationen oder deren Vertreter in der Ausstellung und Kongressstadt Leipzig. Von unserer Seite gesellten sich dem Verbandsvorsitzenden Döbbitz die Kollegen Helmholz als Mitglied des Ausstellungspredikationsausschusses und Dreher als Vertreter der fachtechnischen Bereinigungen hinzu, so daß die im Deutschen Buchgewerbehaus mit der Ausstellungsleistung geführte Bepredigung den Antritt einer Konferenz bekam.

Man kann sich keine Vorstellung davon machen, welche großen Apparates die seit reichlich einem Jahr im Gange befindlichen Vorbereitungen zu einem Unternehmen von solchen Dimensionen benötigen und welche sehr respektablen finanziellen Mittel schon erforderlich sind, ehe mit dem Bau begonnen werden kann, was erst nach Beendigung der Bauausstellung möglich wird, also Ende Oktober, da beide Ausstellungen ein gemeinsames Terrain haben, in ihren baulichen Einrichtungen, den Eingängen wie den Einteilungen aber erheblich voneinander abweichen. Die Park- und die gärtnerischen Anlagen, denen die Stadt Leipzig wie gewohnt besondere Sorgfalt und künstlerische Ausstattung beizugeben, werden sich auf der Buchgewerbeausstellung naturgemäß noch viel schöner ausnehmen als auf der „Iba“ in diesem Jahre.

Die Konferenz im Buchgewerbehaus hat zu einem befriedigenden Ergebnisse geführt. Die Ausstellung 1914 wird von den graphischen Verbänden eine gemeinsame Abteilung aufweisen, in der eine jede Organisation in das große Publikum am besten fesselnder Weise geeignetes Anschauungsmaterial über die für den gewerblichen Aufschwung gar nicht etwa sekundäre gewerkschaftliche Tätigkeit vorführen wird. Die erforderliche Verfindigung vermittelte unser Verbandsvorstehender. Auch die finanzielle Seite der Angelegenheit wurde erledigt, und zwar ebenfalls zufriedenstellend. Es soll dann dafür Vorproben getroffen werden, daß ortsweise gemeinschaftliche Reisen nach Leipzig unternommen werden. Das unbestrittene sehr rühmte und entgegenkommende, auf Neuerungen jeder Art bedachte Ausstellungsdirektorium will zu diesem Zwecke Sparmarken zu 25 Pf. unentgeltlich anfertigen lassen, was einem noch größeren Besuch, als nach allen Anzeichen bereits anzunehmen, nur förderlich sein kann. Die Sparmarken sollen für jeden Ort und für alle Organisationen einheitlich sein.

Da im „Korr.“ an Einzelheiten über die Buchgewerbeausstellung schon viel Eingeklopft worden ist und noch genügend darüber zu sagen und zu berichten sein wird, nehmen wir hier Abstand von näheren Beschreibungen, Es bedarf nur einer Betonung noch: Die Leipziger Ausstellung 1914 wird selbst die weitgehendsten Erwartungen übertreffen und auch die Besucher der diesjährigen Kaufausstellung, über die nun noch zu sprechen sein wird, vor die vorrückende Tatsache stellen, daß doch noch mehr geboten werden kann.

nehmung machen mußten, daß die Götter der Gerechtigkeit nicht ohne Ansehen der Person ihres hohen Amtes walten, vielmehr ist die Augenbinde ziemlich locker. So erhielt ein Kollege in Hannover acht Tage Gefängnis subditiert, weil er einem Nichtkombattanten das Wort Psui zugerufen hatte. Weiter nahm der Braunschweiger Magistrat die Gehilfen von Bieweg mit je 30 Mk. in Strafe, weil sie das Ansehen, aus dem Verband auszutreten, mit sofortiger Arbeitsniederlegung beantwortet hatten.

Als ein günstiges Merkmal, wie richtig die Arbeiterführung den Kampf der Buchdrucker in seiner Bedeutung erfaßt, gedenken wir auch gern der Sympathieunterstützungen in Volksversammlungen zu Braunschweig, Hannover, Breslau, Gotha, Stuttgart usw. Die Maurer und Zimmerer in erstgenanntem Orte legten sich sogar eine wöchentliche Extrasteuer von 25 Pf. auf. Der Ausschuß der sozialdemokratischen Partei erwarb sich ebenfalls viel Anerkennung, indem er im „Volksstaat“ einen Aufruf zur Unterstützung der Buchdrucker erließ. Das gleiche ist übrigens auch der Zentralrat der Hirsch-Düncker-Gewerksvereine in seinem Organ. Daß die Presse im allgemeinen weidlich über die Buchdrucker berichtet, ist schon in den früheren Artikeln gesagt worden, aber es gab auch Ausnahmen, von denen wir heute ebenfalls gern Notiz nehmen. Der „Hamburger Korrespondent“ hatte sich in besonderem Maß um die Sache der Gehilfenschaft verdient gemacht, so daß dem Redakteur von einer Hamburger Mitgliedschaftsversammlung der Dank der Kollegen in einer Resolution zum Ausdruck gebracht wurde. Auch die schöne Episode soll nicht unergessen bleiben, daß in Hannover der General v. Treskow den 14 Kollegen im Soldatenrocke wegen ihrer Solidarität, nicht in den Druckereien während der Aussperrung arbeiten zu wollen, seine Freude aussprach. Nicht und Schaffen lagerten also recht anschaulich nebeneinander.

Die Lehren von 1873 sind so eindringlicher Art, daß wir uns ihnen heute noch nicht entziehen können noch dürfen. Der Sieg war groß, sogar glänzend, wenn wir nur seine theoretische Seite betrachten. Aber die leidige Wirklichkeit raubte viel von dem schönen Bilde. Der Kampf von 1873 wäre nicht zu vermeiden gewesen, auch wenn die Prinzipale sich nicht so hochmütig gezeigt und nicht zum Mittel der Aussperrung gegriffen hätten. Die noch niemals wieder so günstig gelagerten und in diesem Maß auch nie wiederkehrenden Zeitverhältnisse waren es zudem nicht einmal allein, die diesen außerordentlichen Erfolg geseligt haben. Es zeigt sich vielmehr hier eine Erscheinung, die später bei allen andern Gewerkschaften auftrat, daß nämlich in dem ersten Stadium gewerkschaftlicher Aktivität bei einigermaßen klugem Vorgehen stets größere Erfolge zu erzielen sind, als wenn die Verhältnisse der betreffenden Berufsgruppe sich nach mehrmaligen Bewegungen und Kämpfen schon wesentlich gebessert haben, oder die Unternehmerorganisationen bereits eine Stärkung erlitten, gegen die nicht mehr so leicht anzukommen ist. Es rückständiger die Zustände, um so größer die erreichten Verbesserungen, wenn die vorstehend gedachten Voraussetzungen einigermaßen zutreffen. Dieses Tempo verlangsamte sich aber ganz von selbst. Die Bauarbeiter mit ihren neuen Tarifabschlüssen in diesem Jahre gemahnen nachdrücklich zur Beachtung des hier ausgesprochenen Erfahrungssatzes.

Die Gefahr, von einem erreichten großen Vorprunge wieder zurückgebrannt zu werden, ist an sich gegeben; sie ist naheliegend, wenn der Erfolg zu der tatsächlichen Stärkung einer Organisation insofern deren Tugend in einem schlechten Verhältnis steht. Das ist denn auch noch niemals so zur Tatsache geworden als bei den Buchdruckern von 1873, deren Bewegung trotz aller falschen Darstellungen durch die Presse dennoch von der allgemeinen Sympathie getragen war, und zwar insofern des damals fast noch unbekanntes Kampfmittels der Unternehmer, der Aussperrung. Es ist dies ein Faktor, der nicht unterschätzt werden sollte.

Wir hatten 1873 so viel erreicht, daß es die Organisation nicht zu halten vermochte! Die jetzt außerordentlich einschneidende technische Entwicklung wolle nicht im geringsten eine Rolle bei der Notwendigkeit, wieder zurückzugehen, was ja auch gar

nicht so willig geschah, wie es der Widerstandsfreih der Berliner Zeitungsleger im Jahre 1876 zeigte, der vergeblich geführt wurde.

Man bewahre sich also vor der mechanischen Auffassung, daß große Erfolge wiederkehren müssen, weil die Organisation seitdem stärker und ausgebauter geworden. Die Verhältnisse, die unerbittlich die Gewerkschaften in ihren Mann zwingen, würden nur unliebsame Korrekturen an derartigen Anschauungen vorsehen. Eine günstigere Position wie 1873 können wir niemals wieder bekommen; Erfolge wie die damaligen werden wir auch nicht annähernd wieder erreichen — was wir aber jetzt in der Scheuer einsparen, das wird Allgemeingut und kann uns nicht wieder entzogen werden. Wohl liegt ein Dämon, technische Entwicklung genannt, auf der Dauer. Aber auch mit diesem können wir noch erträglich fertig werden, wie erst vor vierzehn Tagen auf dem mitteldeutschen Maschinenlehertage durch Anerkennung der retardierenden Wirkung der tariflichen Sonderbestimmungen ausgegeben worden ist.

Die gegenwärtige Buchdruckergeneration hat viel zu lernen aus der Verbände- und der Tarifgeschichte und sonderlich an dem Kampfe vor vierzig Jahren, einem Glanzpunkt in unsern Annalen. Aber die Lehren von 1873 dürfen noch weniger unbeachtet bleiben! Dafür das Gedächtnis zu schärfen, ist der organisatorisch wohlgemeinte Zweck dieses Schlussartikels.

Reichseinigungsamt

Die Frage eines ständigen Reichseinigungsamtes ist in der letzten Zeit aktuell geworden insofern der eine immer größere Ausbreitung erlangende Tarifabschlüsse.

Der Streit darüber in der Arbeiterbewegung, ob solche für die Gewerkschafts- resp. allgemeine Arbeiterbewegung empfehlenswert sind oder nicht, ist ja längst entschieden worden zugunsten der ersten Anschauung. Auf dem dritten Gewerkschaftskongress wurde diese Frage geklärt und gegen weitige Stimmen die Einführung kollektiver Arbeitsverträge als wünschenswert empfohlen. Das hindert natürlich nicht, daß es heute noch organisierte Arbeiter gibt, die in dem Abhülle von Tarifverträgen eine Gefahr für den Klassenkampf, eine Verhinderung des Gewerkschaftslebens, eine Abneigung zur Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, eine Beeinträchtigung der Kampfsolidarität und Kampfesfähigkeit und ähnliche schlimme Dinge sehen. Aber die Zahl dieser sonderbaren Heiligen wird immer geringer. Diese Gewerkschaftsoppositionen haben sich größtenteils in der fanatischen freien Vereinigung (Kaiser und Genossen) versammelt, und ihre Wortführer predigen in der „Einigkeit“, dem Organ dieser Gruppchen, den „roten Klassenkampf“ im Gegensatz zu den „versumpften Zentralverbänden“, wobei allerdings mit einer begreiflichen Schadenfreude zu konstatieren ist, daß es auch unter diesen „roten Klassenkämpfern“ immer noch verschiedene Grade gibt.

Nun sind die modernen Gewerkschaften natürlich weit davon entfernt, Tarifabschlüssen unter allen Umständen das Wort zu reden. Einzelige Tarife der Unternehmer sind mit verschwindenden Ausnahmen — wir erinnern an den Tarif, den die Unternehmer dem Buchbinderverbände letzterzeit aufzuputten, nachdem er in Verfolg der Maßfeier durch eine Aussperrung stark geschwächt war — nie eingegangen worden, da sie ja direkt dem ganzen Geist eines Tarifabschlusses, der eine Verständigung der Interessen beider Kontrahenten verlangt, diametral entgegenstehen.

Im übrigen ist ja aber gerade durch den Ausbau der Tarifgemeinschaft mit großen zentralen Institutionen das Gegenteil von dem eingetreten, was die Tarifgemeinschaftsgegner befürchten. Die Kämpfe durch Streiks und Aussperrungen sind zwar an Zahl vielleicht dadurch zurückgegangen, aber die Möglichkeit ihrer sämtlichen und zahlenmäßigen Ausdehnung ist ganz gewaltig gewachsen. Wir leben ja das ganz besonders bei den Berufen und Berufsgruppen (Industriefried), bei denen Reichstarife bestehen oder angestrebt werden. Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit können bei Ablauf eines kollektiven Arbeitsvertrages ausbrechen, wenn eine Einigung nicht gelangt oder von der einen oder andern Seite Forderungen gestellt werden, durch die eventuell das Lebensinteresse der betreffenden Organisationen berührt wird. Wir haben ja die großen Kämpfe aus solchen Anlässe gehabt: 1891 in dem Berufe, in dem der Reichstarif bisher auf den günstigsten Boden gefallen war, bei uns Buchdruckern. Wir erinnern an den großen Kampf der Lithographen und Steinbrucher, an die Bauarbeiteraussperrung vor drei Jahren usw. Alles große Kämpfe, die die Folge über das ganze Reich wirkender Lohn- und Tarifverträge waren. Diese Kämpfe sind Berufsgruppen einerseits und vermittlungsähnlicher Regelung der Arbeitsbedingungen als durch Streiks und Aussperrungen — Übergangsercheinungen!

Durch diese Kämpfe wurde und wird gewissermaßen das gegenwärtige Verhältnis festgelegt. Ehe man in einem Gewerbe oder einer Industrie, besonders auf Seiten der Unternehmer, und ganz besonders der Herren im Hause, sich zu einem kollektiven Arbeitsvertrage herbeiläßt, muß man erst die Stärke der Arbeiterorganisation festlegen an seinem eignen Leibe kennen gelernt haben. Genau

so ergab es auch den Arbeitgeberorganisationen. Gerade nach der Gründung der Unternehmerorganisationen schloß ja den Arbeitgebern derart der Kampf, daß es erst verschiedener tüftelbarer Konzeptionen bedurfte, um sie davon zu überzeugen, daß sie nicht unüberwindlich sind, und der alte Oberbaurmacher Bued hat ja am Ende seiner dem Kampfe gegen die aufstrebenden Arbeiterorganisationen gewidmeten Tätigkeit zugeben müssen, daß die Hoffnung der Unternehmer, durch ihre Organisationen die Arbeiter niederhalten zu können, eine unberechtigte war.

Man kann nun weit davon entfernt sein, dem in der Unternehmerpresse und in den von den Unternehmern inspierten Zeitungen während oder nach einem großen Streik angelegentliches Klagegebet über die großen Verluste an Arbeitslohn für die Arbeiter zuzufimmen — der Hinweis auf die Tatsache, daß durch die unfreiwillige Arbeitslosigkeit weitaus größere Verluste zu verzeichnen sind, überlegt sie — und kann doch zugehen, daß Verhandlungen zur Vermehrung solcher großen wirtschaftlichen Kämpfe oder die „friedliche“ Regelung der Differenzen das bessere ist für alle Teile oder zum wenigsten das „kleinere Übel“.

Sehr oft scheitert ja eine solche „friedliche“ Regelung an dem Starrsinn der Unternehmer. Wiewohl aber auch an der Unmöglichkeit, Verhandlungen zustande zu bringen. Es geht den Kontrahenten oft wie den beiden Königskindern: „Sie konnten zusammen nicht kommen, das Wasser war viel zu tief“. Es fehlt noch an einer Instanz, die bei großen, über das ganze Reich gehenden wirtschaftlichen Kämpfen die beiden streitenden Parteien zusammenführen kann oder die Autorität dazu besitzt.

Für die irdischen Kämpfe ist ja durch die Novelle zum Gewerbegerichtsgebot diese Instanz geschaffen. Der Erscheinungswang ist vorgelesen. Die Einrichtung hat sich auch ganz gut bewährt, wenn auch manche Gewerberichter — in der ersten Zeit wenigstens — es sehr an Initiative und manchmal auch an Objektivität haben mangeln lassen. Aber diese irdischen Einigungsämter genügen bei der Ausdehnung des wirtschaftlichen Kampffeldes bei weitem nicht mehr. Es liegt doch außerordentlich nahe, diese irdischen Einrichtungen durch eine reichszentrale Institution zu ergänzen, konform der Entwicklung der zentralen Arbeiter- und Unternehmerorganisationen und der wirtschaftlichen Kämpfe: durch ein Reichseinigungsamt.

Die Öffentlichkeit beschäftigt sich in den letzten Jahren sehr viel mit dieser Frage, deren Lösung zweifellos in nicht zu ferne Zeit versucht werden wird. Darauf deutet eine ganze Reihe von Momenten hin.

Besonders die offenbar nach einem bestimmten Plane erfolgten Veruche der Konvokationen in den Parlamenten, das Koalitionsrecht zu beschneiden, lösten seitens der bürgerlichen Parteien, die sich nicht auf den nächsten Scharfmacherstandpunkt der Konvokationen stellen mochten, Hinweise auf den Ausbau des Schlichtergerichts- und Einigungsamtes aus, natürlich mit dem Hintergedanken, auf diese Art die „Klassenkämpfe“ oder die „freie Bewegung der Gewerkschaften“ zu unterbinden. Da aber diese Frage in der nächsten Zeit brennend werden kann, so werden sich zunächst die Gewerkschaften darüber klar werden müssen, wie sie sich dieser Frage des Reichseinigungsamtes gegenüber stellen, und wie sie eventuell dessen Kompetenzen geregelt haben möchten. Das dürfte um so mehr nötig sein, als ja die Meinungen genau wie früher über das Tarifwesen heute über den weiteren Ausbau nicht überall geklärt sind.

Die Scharfmacher vor allem lausen Sturm gegen die Idee eines Reichseinigungsamtes. In der Nr. 32 des vorliegenden Jahrganges der „Deutschen Arbeiterzeitung“ wird dazu folgendes ausgeführt:

Man bestreift vor allem, daß der Reichsgedanke dadurch an Boden gewinnt und daß seiner ganzen sozialen Bedeutung wegen die organisierten Arbeiter zu viel Einfluss auf eine solche Institution gewinnen könnten. Besonders bei dem Mangel an statistischen Unterlagen und der Tatsache, daß Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände wenig Statistik treiben, würden die von jeder mehr Statistik treibenden Bureaus der Gewerkschaften als fast ausschließliche Quelle benutzt werden. Ein Bedürfnis für ein Reichseinigungsamt sei so lange zu verneinen, als nicht unumstößlich feststeht, daß die großen zentralen Arbeitgeberverbände tatsächlich ohne Unparteilichkeit keinen Tarifvertrag mehr erneuern könnten, also zu schwach sind, um die Regelung dieser Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen, und die Graubündnisse nicht auch ihrerseits sich als Freund von Tarifverträgen bekennen.

Die staatliche Bevormundung soll man vermeiden, so lange noch irgend welche Hoffnung besteht, aus eigener Kraft zum Ziele zu kommen. Gerade die Gewerkschaften, die durch ein Reichseinigungsamt alle Gewerbe zur tariflichen Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen, vielleicht noch anderer schwerwiegender Bedingungen, gezwungen würden, müßte die Arbeitgeber in ihrer Gesamtheit einer solchen zu gründenden Einrichtung gegenüber recht vorzüglich machen. Verschiedene Arbeitgeberorganisationen sprechen in ihren Geschäftsblättern ganz offen aus, daß ihnen der Tarifvertrag nur Mittel zum Zweck ist und das Tarifvertragsverhältnis nur ein Übergangsstadium sein könne.

Selbstverständlich ist der Abschluss von Tarifen Mittel zu dem Zwecke, die Lage der Arbeiter einigermaßen konstant zu gestalten. Im übrigen geht aus diesen kurzen Zitaten der „Arbeiterzeitung“ hervor, daß der eigentliche Beweggrund für sie, die Errichtung eines Reichseinigungsamtes abzulehnen, die Befürchtung ist, ihre „Herr-im-Haus-Stellung“ werde dadurch erschüttert. Das geht aus folgendem Satz ebenfalls unzweifelhaft hervor (Vgl. auch die Rundschreiben „Unternehmergedanken gegen ein staatliches Schlichteramt“ für die „Industrie“ in dieser Nummer. Red.):

Die Arbeitgeber befürchten, daß das Reichsleistungsgesetz eine Domäne der Männer vom Vereine für Sozialpolitik und der Gesellschaft für soziale Reform werden könnte, die als ihre Aufgabe lediglich die Hebung der Arbeiterklasse ohne Rücksicht auf die Existenzmöglichkeit der Arbeitgeber betrachten. (Schluß folgt.)

□□ Zur Generalversammlung □□

Das Recht auf Arbeit.

Unsre Generalversammlung steht vor der Tür, und da sei es mir gestattet, noch schnell einmal die Aufmerksamkeit der Kollegen, vor allem die der Delegierten auf eine der wichtigsten, wenn nicht gar der allerwichtigsten, uns berührenden Fragen zu lenken. Und zwar betrifft es unsre Arbeitslosen.

Wer selbst in die unangenehme Situation zu kommen hin und wieder Gelegenheit hat, oder wer sonst diesem traurigen Kapitel ein wenig Interesse entgegenbringt, wird mir zugeben müssen, daß es die vornehmste Aufgabe der Generalversammlung sein müßte, alles daran zu setzen, hierin Wandel zu schaffen.

Durch die Leipziger Anträge: Besprechung über die Entwicklung der technischen Fortschritte im Gewerbe und die dadurch veränderte Lage der Gehilfenschaft (Arbeitszeit, Arbeitslosigkeit, Überstunden, Lehrlingsfrage usw.), ist die Generalversammlung dazu verpflichtet, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, und dadurch wäre auch den Delegierten Gelegenheit geboten, ihr soziales Verständnis zu offenbaren.

Legen wir uns zuerst die Frage vor: Woher resultiert die andauernd große Arbeitslosigkeit? Darauf gibt es meiner Ansicht nach drei Antworten: 1. durch die fortschreitende technische Entwicklung, 2. durch die volle Ausnutzung der Lehrplankala und 3. durch die Schuld der Kollegen. Und das ist das Betrüben bei der ganzen Angelegenheit, daß es die eignen Kollegen sind, die ihren Arbeitsgenossen das Brot nehmen, indem sie Überarbeit leisten in einem Maße, welches jeder Beschreibung spottet. Wenn man bedenkt, wie viel Kräfte mehr eingesetzt werden könnten, wenn auch nur ein Teil Überstunden weniger gemacht würde, so muß man es nur bedauern, daß diese Frage überhaupt noch erörtert werden muß.

Ein klein wenig mehr Rücksichtlosigkeit und Selbstbewußtsein eines großen Teils der Kollegen würde genügen, uns einen Schritt vorwärts auf diesem Wege zu bringen. Daß dies noch nicht geschehen, ist tief bedauerlich. Es müßte gegen notorische Überstundenschieber mit der ganzen Strenge des Gesetzes vorgegangen werden. Hierzu müßte die Generalversammlung dem Verbandsvorstande resp. den einzelnen Gewerkschaften ihre Sanktionen erteilen. Ist diese Maßnahme noch nicht in ausreichendem Maße beibehalten, so ist es notwendig, daß die Überstunden gemacht werden müssen und nicht verweigert werden dürfen, das ist am besten dadurch zu bezeugen, daß dieser als bezeichnet wird, was er in Wirklichkeit ist: eine stereotypische Redensart, dazu getan; um die eigene ungerechtfertigte Handlungsweise in milderem Licht erscheinen zu lassen!

Zur Beruhigung dieser „ängstlichen Gemüter“ möge hier noch festgestellt werden, daß kein Gehilfe verpflichtet werden kann, regelmäßige Überstunden oder solche in größerer Zahl zu leisten. Keine unserer Instanzen wird einen derart korrekt handelnden Gehilfen, der eine solche Zustimmung zurückweist, verurteilen. Dem zweiten Grunde bezüglich der Lehrplankala läßt sich augenblicklich leider nicht begegnen. Das muß Angelegenheit der nächsten Satzrevision sein, dieser Frage besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Sich komme nun zu meinem eigentlichen Vorschlage, den ich machen möchte, um dem großen Arbeitslosenheer Abbruch zu tun. Das Recht auf Arbeit dürfte nicht nur einer bestimmten Gruppe Kollegen vorbehalten bleiben, sondern dieses Recht haben alle Kollegen! Um nun allen Kollegen Gelegenheit zu geben, von diesem ihnen zustehenden Rechte Gebrauch machen zu können, dazu muß ein jeder unter uns seine Hand bieten, will er Anspruch erheben, daß er Verständnis für Gerechtigkeit in sich trägt.

Die Generalversammlung müßte den Wunsch äußern oder auch die Bestimmung treffen, daß alle Kollegen, die eine bestimmte Zeit ohne Unterbrechung gearbeitet haben, mindestens eine Woche jährlich zugunsten arbeitsloser Kollegen auszuweisen haben. Würde dieser Beschluß in richtiger Würdigung der Notwendigkeit deselben respektiert werden, so könnte einem ansehnlichen Teile der arbeitslosen Kollegen Gelegenheit gegeben werden, wochen- oder monatlang zu arbeiten.

Eine nicht zu unterschätzende Schwierigkeit bei genauer Durchführung einer solchen Maßnahme gäbe es zweifellos bei den Prinzipalen zu überwinden; diese zu befeigen, dazu wären vor allen Dingen die örtlichen Vertrauensleute berufen, die mit faktischem Gesichte die Prinzipale von der Notwendigkeit ihres Vorgehens zu überzeugen hätten. Ein Argument erlaube ich mir zur Begründung den Prinzipalen gegenüber vorwegzunehmen: Es ist nicht allein unsre Aufgabe, zur Verminderung der Arbeitslosigkeit Schritte zu unternehmen, sondern auch Angelegenheit unsrer Tarifpartner, dieser Frage wenigstens so viel soziales Verständnis entgegenzubringen, daß sie den von Gehilfenente eventuell einzuschlagenden Wegen zur teilweisen Abstellung dieses Mißstandes nicht noch Semmille entgegenstellen.

Um nun meinem Vorschlage, der übrigens in einem Teil Berliner Druckerien schon jetzt verwirklicht ist, eine feste Form zu geben, würde ich folgendes sehr begrüßen:

Die Generalversammlung faßt den Beschluß, daß alle Verbandsmitglieder, welche drei bis zehn Jahre ohne größere Unterbrechung gearbeitet haben, acht Tage und solche, welche über zehn Jahre ununterbrochen gearbeitet haben, vierzehn Tage im Jahre zugunsten arbeitsloser Kollegen auszuweisen haben.

Sache der Generalversammlung selbst sei es, ob allen diesen Kollegen ein Äquivalent in Form der Konditionslofenunterstützung geboten werden solle oder nicht. Ich selbst kann eine Notwendigkeit hierfür nicht einsehen, denn wenn ich so lange Zeit hintereinander gearbeitet habe, werde ich wohl einmal acht oder vierzehn Tage im Jahr auf eigene Kosten mich durchmanifizieren können. Sollte jedoch die große Mehrheit der Delegierten anderer Meinung sein, so dürfte meines Erachtens nach die Geldfrage in dieser überaus wichtigen Angelegenheit keine Rolle spielen. Dahinter müßten alle andern Forderungen auf Erhöhungen jedweder Bezüge zurücktreten.

Ich bin überzeugt, mit meiner Anregung auf Widerstand bei einem Teile Kollegen zu stoßen. Mögen sich diese aber bewußt sein, daß sie durch Zustimmung und Erfüllung dieser Forderung ein gutes Werk, einen Akt der Gerechtigkeit auszuüben in der Lage sind. Wer Gelegenheit gehabt hat, die sich auf den Nachweisen bietenden Bilder mit eignen Augen zu sehen, der wird meinem Vorschlage nur zustimmen können und mit mir den Wunsch hegen, daß die kommende Generalversammlung der gegebenen Anregung nachkommen und allen Kollegen im Verbands zuzubilligen möge:

Das Recht auf Arbeit!

Berlin-Mariendorf.

K. V.

Anmerkung der Redaktion: Da wir in der nächsten Woche die Frage der Arbeitslosigkeit mit zu behandeln gedenken, werden wir zu diesem wie das Ei des Kolumbus anmutenden Artikel auch etwas zu sagen haben.

Ein offenes Wort in letzter Stunde.

Mit erfreulicher Klarheit hat ein Leipziger Kollege in Nr. 62 des „Korr.“ die Kernpunkte der diesjährigen Verbandsgeneralversammlung zusammengefaßt. Soweit dabei die Unterfertigungseintrichtungen in Frage kommen, wird jeder Gewerkschaftler, der nicht nur der Klassen selber zu unsrer Organisation gehört, sondern aus innerer prinzipieller Überzeugung, vollständig damit einverstanden sein. Ein gerechter Ausgleich muß geschaffen werden; aber ohne jede weitere Belastung der Verbandskasse. Hier darf allein der gewerkschaftliche Idealismus maßgebend sein. Darauf kommt es in erster Linie an, wie der Verband ausserirdisch ist. Alles andre ist ziemlich Nebenache. Wer sich als Gewerkschaftler auf den egoistischen Standpunkt stellt, die Leistung einer Gewerkschaft nach ihren Unterfertigungsätzen zu fargieren, der hat auch das Recht verwirrt, sich darüber zu entäußern, wenn ein Unternehmer nichts danach fragt, wie seine Arbeiter befehen können, sondern nur, wie das Wohlstande als den Punkt betrachtet, um der sich die Erde zu drehen habe.

Nicht minder wichtig ist aber auch die sogenannte Handfeger- oder Spartenfrage. Bei näherer Prüfung der im „Korr.“ in den letzten Wochen dazu laut gewordenen Anschauungen kann man sich nur un schwer des Gedankens erwehren, daß dabei die Handfeger mißbraucht werden. Es werden da den Handsehern Ansichten aufgedrängt, die diese ganz energisch zurückweisen sollten. Man überlege sich doch einmal den Widerspruch, wenn gesagt wird, die Handfeger hätten im Verbands keine richtige Interessenvertretung, obwohl sie die große Mehrheit aller Verbandsmitglieder umfassen! Es ist einfach nicht wahr, was hier den Handsehern einzurehen verliert wird. Denn jede Verbandsversammlung kann zu einer ausschließlichen Beratungsfähigkeit für Handfeger gemacht werden, wenn sie nur wollen; keine Sparte könnte sie daran hindern. Im Gegenteil; gerade die Entlastung der Verbandsversammlungen von speziellen Berufsfragen der Drucker, der Maschinenfeger, der Stereotypen, der Korrektoren usw. gibt den Handsehern erst recht die Möglichkeit, ihre speziellen Berufsinteressen unter organisatorisch viel wirksameren und auch billigeren Bedingungen wahrzunehmen. Wenn aber die Handfeger davon keinen Gebrauch machen, so ist das doch nicht die Schuld der Sparten. Die Sparten sind ganz natürliche Früchte der gewerblichen und technischen Entwicklung, keine willkürlichen Gebilde. Der inneren, unermüdblichen Mißtonfähigkeit der Sparten ist es zu danken, daß die Schaffenseiten dieser technischen Entwicklung für die einzelnen Berufsgruppen der gelehrten Buchdrucker und damit auch für den Verband selbst weniger kostspielig geworden sind; nicht zuletzt auch für die Handfeger. Auf der andern Seite geben sich auch die Sparten keiner Täuschung hin, daß der starke Gesamtverband ihren Interessen eine kräftige Stütze bietet, ohne die sie ziemlich machtlos wären. Hier wächst eine Hand die andre.

Unbestritten ist aber auch, daß die Aktivität der Sparten innerhalb des Verbandes immer wieder neue Probleme schafft und dadurch den Gang der Verbandsmaschine ab und zu zu einem schnelleren Tempo treibt. Daß ferner die Rührbarkeit der Sparten auch in Prinzipalskreisen nicht besonders angenehm empfunden wird, hat auch schon manches Haupt zum Schütteln gebracht. Darum muß man nun den von der technischen Entwicklung am meisten gefährdeten Handsehern die Sparten als den schwarzen Mann an die Wand, damit diese ihnen den Garaus machen sollen. Und man scheint sogar da und dort allen Ernstes damit zu rechnen, daß die Handfeger kurzlich genug sind, sich zu dieser Strangulierung herzugeben.

Was in dieser Beziehung unter dem Deckmantel von angeblichen Zentralisationsbefreiungen in den letzten Wochen im „Korr.“ ausgeführt wurde, muß stubig machen. Es ist doch eine uralte Erfahrung, daß sowohl eine zu tiefgehende

Dezentralisation als auch eine zu straffe Zentralisation entwerfen Verfallensprozesse oder Vähmung jeglicher fortschrittlichen Bewegungsfreiheit in sich bergen. Besonders trifft dies für eine zu straffe Zentralisation zu. Es wäre daher nur tief bedauerlich, wenn sich die Delegierten auf der Danziger Generalversammlung dazu hergeben würden, die Spartenbewegung durch Aufhebung ihrer Zentralisationsmissionen zu enthaupfen.

Glauben die Handfeger in der Mehrheit wirklich, daß sie ihre Interessen in den Verbandsversammlungen nicht richtig wahrnehmen können, dann mögen sie sich doch einmal zunächst jene etwas näher ansehen, die das zu verhindern suchen. Wo es Spartenmitglied sind, an den Pranger mit ihnen! Aber solche werden sich kaum finden lassen, sondern aller Wahrheitsliebe nach sind es nur solche Kollegen, die in ihrem beruflichen oder sonstigen Treiben gern ganz ungehört bleiben möchten, um besser für sich allein im frischen Uffsch zu können. Haben aber trotzdem die Handfeger in der Mehrheit das Bedürfnis nach besonderen Branchenversammlungen, dann verweigere man ihnen das nicht. Man mache einen Versuch damit; erst dann wird sich entscheiden lassen, ob die bisher dagegen vorgebrachten Bedenken berechtigt sind oder nicht.

Es wird durch diese Toleranz ebensowenig das Zusammengehörigkeitsgefühl geschwächt wie durch die Tätigkeit der Sparten. Es wird sich aller Wahrheitsliebe nach im Gegenteil herausstellen, daß, gleich wie die intensiven Spartenfähigkeit seit vielen Jahren zum Kulminationspunkte des inneren Verbandslebens geworden ist, auch eine energische Kleinarbeit unter den Handsehern die Grundgedanken gewerkschaftlicher Ziele vielen Handsehern geläufiger machen wird als ohne dies. Und man täusche sich nicht: das Spartenleben hat keine Verfallensmüdigkeit zur Folge. Ganz andre Ursachen begründen dies. Daß das nicht noch schlimmer geworden ist, haben nicht zum kleinsten Teil die Sparten erreicht. Und so wird zweifellos auch durch engere organisatorische Verbindung der Handfegerkollegen (die nach der im zweiten Absätze von Verfasser selbst geäußerten Ansicht eine ausgesprochene Überflüssigkeit wäre. Red.) manche neue Frage zur Diskussion kommen, die nicht ohne Einfluß auf die zukünftige Verbandsaktivität sein könnte. Aber das kann doch nur jemand als Fehler ansehen, der da meint, die Kollegen seien nur um des Verbandes willen und nicht der Verband um der Kollegen willen vorhanden. Und darum kann es für die Danziger Generalversammlung nur die Parole geben: Kein weiterer Unterfertigungsballast und keine Anhebung der Sparten! Denn das wäre nur den Wünschen der Gegner des Verbandes entsprehen.

Leipzig.

Max Bleichschmidt.

Das Buchgewerbe im Auslande

Belgien. Am 11. und 12. Mai fand in Gent der Jahreskongress des belgischen Verbandes statt. Das Verbandsorgan vom 1. Juni bringt nur einen kurzen Auszug über diese Tagung. Von den gefassten Beschlüssen ist hervorzuheben: Der bereits aus dem Jahre 1910 datierende Beschluß zwecks Anschlusses an die Syndikatskommission ist bekräftigt worden. Das Projekt der Einrichtung einer Sterbeunterstützung ist dem Zentralkomitee zum nochmaligen Studium überwiesen worden. Der Anschluß von weiblichen Gruppen an den Verband wurde mit 14 gegen 2 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt. Neben den ernstlichen Arbeiten hat die internationale Ausstellung etwas Jersfreuung. Auch die schlichte Feier zweier Veteranen des Verbandes, des seit 38 Jahren dem Genter Vorstand angehörigen Kollegen F. Van Seche und des Kongresspräsidenten Kollegen Durie, war mit dem Kongress verbunden. Kollege Van Seche ist seit 22 Jahren Vorsitzender der Genter Sektion.

Serbien. Nach halbjähriger Pause erschien im Mai das Vereinsorgan, der „Tipografski Glasnik“, zum ersten Male wieder. Leider ist alles, was er zu berichten weiß, nicht gerade danach angefallen, heiteren Auges in die Zukunft zu blicken. Die Folgen des nun schon sieben Monate dauernden Krieges haben sich natürlich auch im Buchdruckgewerbe stark bemerkbar gemacht. Gleich nach der Mobilmachung wurde ein großer Teil Druckerien entweder geschlossen oder der Betrieb in ganz bedeutend verringertem Maßstab aufrecht erhalten; das Personal wurde einfach plößlich aufs Pfahler geworfen. Etwa 80 Kollegen, fast der vierte Teil der Mitglieder, wurde in die unangenehme Lage versetzt, statt mit dem Winkelhaken mit dem Schiebsprügel zu hantieren, um dem vorwärtsstrebenden Kapitalismus die Wege zu ebnet. Andre 130 Kollegen blieben mit ihren Familien auf der Straße, der bittersten Not preisgegeben. Und dies in kurzer Zeit zum zweiten Male. Schon 1908, zu Zeiten der bosnischen Annexionskriege, wurde in das Vereinsvermögen ein großes Loch gerissen; damals wurden 9000 Kr. an Unterfertigungen verausgabt, diesmal sind es bis jetzt schon 15000 Kr., welche zur Auszahlung gelangten, was ein gutes Drittel des gesamten Vereinsvermögens bedeutet. Der Staat tat nichts, um das Glend in der Arbeiterbevölkerung zu mildern, und da zeigte sich so recht die legensreiche Wirkung der Organisation. Die in den Tageszeitungen arbeitende Kollegenschaft tat ihr möglichstes, der Vereinskasse zu Hilfe zu kommen; ununterbrochen zirkulierten Sammelkisten für die Arbeitslosen und die Familien der im Felde stehenden Kollegen. Auf diese Weise wurden rund 3000 Kr. aufgebracht, was als ein schönes Zeichen von Solidaritätsgefühl anzusehen ist, wenn man die geringe Anzahl der arbeitenden Kollegen in Betracht zieht. Und noch ist kein Ende abzusehen; der Feldzug zieht in die Länge, und

selbst nach seiner Beendigung wird die Vereinskasse noch lange Zeit an den Folgen des Kriegs zu fragen haben durch Unterstützung Arbeitsloser und Kranker, die sich ihre mannigfachen Leiden „auf dem Felde der Ehre“ geholt haben. Obendrein ist auch noch die Tarifbewegung vor der Tür! Am 30. Juni läuft der am 1. Januar 1913 auf ein halbes Jahr verlängerte Tarif ab, und man kann nicht voraussetzen, wie sich die Dinge da gestalten werden. Vorläufig herrscht in beiden Lagern tiefe Stille, es haben ja auch beide Teile an den Folgen dieses Kriegs genug zu fragen. Daß sich in absehbarer Zeit die Lage im Buchdruckgewerbe bessern wird, ist leider kaum anzunehmen, da ja außer den Tageszeitungen nur noch die Staatsdruckerlei halbwegs gut beschäftigt ist. Der sonstige Bedarf an Drucksachen ist auf ein Minimum herabgesunken. Man sieht, die Verhältnisse sind die denkbar ungünstigsten; doch bleibt zu hoffen, daß die Organisation der ferbischen Buchdrucker aus allen diesen Fährnissen — wenn auch finanziell geschwächt — intakt hervorgehen wird. — Das Vereinslokal wurde verlegt und befindet sich seit 1. März im Restaurant „Dva Pobratima“, Belgrad, Makedonska ulica.

Italien. Ein eigenartiges Fest veranstalteten kürzlich die Kollegen in Brescia. Der örtlichen Tarifkommission, die den neuen Tarif glücklich in den Hafen gebracht hatte, ohne es zum Sturm kommen zu lassen, wurde nämlich ein Festbankett gegeben. Man feierte ihre Verdienste um den moralischen und materiellen Erfolg für die Allgemeinheit. Dieses Fest bildete einen angenehmen Kontrast gegen die undankbaren Angriffe, mit denen man in andern Ländern oft die schwierige Arbeit eines Tarifabschlusses belohnt.

Spanien. Während sich die Prinzipale für ihren zweiten Nationalkongress in Madrid vorbereiten, hat auch der Gehilfenverband in der letzten Zeit verschiedene Anstrengungen zu neuem Leben unternommen. So verstand kürzlich das Barcelonaer Syndikat ein Rundschreiben, aus dem wir einige Sätze wiedergeben wollen: „Infolge der Vorgänge der letzten Jahre in unserer Region mußten wir Buchdrucker, gleich den übrigen Verbänden, uns in ein kluges Schweigen hüllen; aber dieses erzwungene Schweigen führte nicht zu einer Sorglosigkeit, im Gegenteil, es wurde zum Motiv, uns zu künftigen Kämpfen vorzubereiten. Wir Barcelonaer wünschen nach wie vor unter der organisierten Arbeiterschaft zu figurieren, und wir profitierten von der stillen Zeit, um die Grundlagen einer neuen Organisation zu schaffen. Unser Ziel ist erreicht, heute stehen wir geeinigt da und unsere Organisation hat ihre Tätigkeit aufgenommen unter dem Titel „La Union Obrera del Arte de imprimir“. Sie umfaßt die Mehrzahl der Barcelonaer Kollegen. Dank der aktiven, wenn auch nicht öffentlichen, Propaganda sind wir so weit, den hiesigen Prinzipalen einen neuen Tarifentwurf einreichen zu können. Wir erwarten die Unterstützung der achtfünfdigen Arbeiterschaft, die die Lehrlingsangelegenheiten um. Wir sind entschlossen, für diese Forderungen bis zum äußersten zu kämpfen.“ Seit dem Verlassen dieses Rundschreibens sind mehrmals Schritte bei dem Prinzipalsyndikat unternommen worden, über deren Resultat später berichtet werden wird.

Türkei. Zu den fremden Staaten, die sich an der internationalen Buchgewerbeausstellung in Leipzig beteiligen werden, ist nun auch noch die Türkei gekommen. Die Generaldirektion der türkischen Museen in Konstantinopel teilt der Ausstellungskommission mit, daß die kaiserliche Regierung mit der Genehmigung des Sultans sich entschlossen habe, offiziell an der Ausstellung teilzunehmen. Es wurde eine Kommission ernannt, die ihren Sitz im kaiserlichen Museum hat, und die beauftragt ist, alle notwendigen Objekte zu einer Beteiligung der Türkei zu vereinigen. Zum Präsidenten dieser Kommission ist der Generaldirektor der türkischen Museen, Salik Edhem, ernannt worden.

durch noch mehr lahmgelegt würde. Des allgemeinen Interesses wegen möge noch folgendes Vorkommen, welches der Vorsitzende des Ortsvereins Schwelm zum besten gab, hier Erwähnung finden: Ein Schwelmer Kollege, in Langensfeld wohnhaft, hatte einen jungen Kollegen (Nichtverbandsmitglied) einer unartikulierteu Druckerlei in Langensfeld zu veranlassen gesucht, dortselbst aufzuhören. Nach einigen Tagen erhielt der „Agitator“ im Auftrage der betreffenden Firma durch einen Rechtsanwalt ein Schreiben zugesellt, worin er aufgefordert wurde, die Erklärung abzugeben, in Zukunft jedwede Einwirkung auf das Personal betreffender Druckerlei zu unterlassen. Zur Einschüchterung wurde ihm mit einer Klage gedroht. Unser Kollege ließ natürlich das Schreiben unbeantwortet. Nach kurzer Zeit lief eine Vorladung des Amtsgerichts Schwelm ein. Die Firma verlangte in ihrer Klage, daß dem Kollegen jede Einwirkung auf das Personal bei Drohung von Saffstrafe verboten werde, da Geldstrafe in solchen Fällen nicht zög. Es kam zum Termin, in welchem die Firma mit ihrem Antrage kostenpflichtig abgewiesen wurde — und das von Rechts wegen!

Deffau. Anlässlich des 20jährigen Geschäftsjubiläums wurden dem Personal der Anhaltischen Buchdruckerlei Gutsenberg, e. G. m. b. H., die seit drei Jahren bewilligten Ferien entzogen. Die Ursache ist folgende: Nachdem eine gegen den Geschäftsführer anhängig gemachte Klage wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung (Ruhepausen der Lehrlinge betreffend) mit der richterlichen Verurteilung geendet, wurde seitens der Geschäftsleitung an den Arbeiterausschuß das Ansuchen gestellt, ein Schriftstück an die Gewerbeinspektion zu unterzeichnen, welches bezweckte, den Druckerlehrlingen unter 16 Jahren „im Interesse eines einheitlichen Betriebs“ die ihnen nach der Gewerbeordnung zugehende halbtägige Frühstück- und Vesperpause um je eine Viertelstunde zu kürzen. Von der Gewerbeinspektion war die Bewilligung dieser Ausnahmbestimmung angehängt von der zu gebenden Unterschrift des Arbeiterausschusses abhängig gemacht worden. Der Arbeiterausschuß weigerte sich aus berechtigten Gründen, eine Umgehung der Gewerbeordnung zu unterzeichnen, da im „Interesse eines einheitlichen Betriebs“ gar keine Veranlassung dazu vorlag. In Betracht kommen zwei Lehrlinge, von denen der eine Lehrling in Kürze das 16. Lebensjahr erreicht. Diese Weigerung gab nun der Geschäftsleitung die Veranlassung, die wohl schon von Anfang der Bewilligung an als lästig empfundenen Ferien ganz abzuschaffen. Es ist fast ein neuer Beweis für einen tatsächlichen Rückgang der Leistungen, zu welchem um so weniger Veranlassung vorlag, als die Firma, welche auf ein 20jähriges Bestehen zurückblickt, einen gut eingearbeiteten Stamm von Gehilfen besitzt und jedes Jahr größere Überschüsse erzielt. Aber rigorose Behandlung seitens des sehr launischen Geschäftsführers führen die dort beschäftigten Kollegen schon seit langem Klage.

Darmstadt. Am 25. Mai fand in der Stadtverwaltung ein allgemeines Versammlungsbesuch statt, an dem sich eine große Anzahl Kollegen beteiligten. Der Vorsitzende, Herr Dr. W. Müller, begrüßte die Teilnehmer und sprach über die Bedeutung der Versammlung. Er erwähnte die Wichtigkeit der Zusammenarbeit der Kollegen und die Notwendigkeit der Unterstützung der Arbeiterschaft. Er sprach auch über die finanzielle Lage der Firma und die Maßnahmen, die er ergreifen werde, um die Lage zu verbessern. Er dankte den Teilnehmern für ihre Teilnahme und für die Unterstützung der Arbeiterschaft. Die Versammlung endete mit einem Festessen.

Eisenach. Die am 24. Mai abgehaltene Monatsversammlung beschäftigte sich zunächst mit der Aufnahme von drei neuangelernten Kollegen; die Aufnahmen erfolgten ohne Widerspruch. Nach einem eingehenden Bericht über die allgemeine und die Ortskasse vom ersten Quartal 1913 wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die diesjährige Lehrlingsprüfung bildete einen Punkt, der eine lebhafteste Debatte hervorrief, da diese in diesem Jahre noch nicht stattfinden konnte, denn es war nicht möglich, einen Buchdruckerprinzipal für den Prüfungsausschuß zu gewinnen. Eine Firma verweigerte nicht nur dem Prüfungsausschuß, den Zutritt zu ihrer Druckerlei, sondern sie weigerte sich auch, ihren neuangelernten Seher hierher zu prüfen zu lassen. Auch den Gehilfen war es zum Teil nicht möglich, an der Prüfung teilzunehmen, da sie erst am Abend vorher hierzu aufgefordert wurden. Durch diese Umstände kam die Prüfung nicht zustande und sollten die Prüflinge nach Weimar bestellt werden. Da dies aber bis heute noch nicht geschehen ist, die Lehrlinge ihre Prüfungsgebühr aber entrichtet haben und die Gehilfenschaft einen besonderen Wert auf die Prü-

fung legt, da ein faubstummer Musgelernter seitens des Prinzipals nicht als vollwertig angesehen wird, soll die Handwerkskammer zu Weimar ersucht werden, die Prüfung baldigst in die Wege zu leiten. Es wurden einige Kollegen gewählt, die im Prüfungsausschuß mit tätig sein sollen; ebenso haben sich zwei Herren, die in leitenden Stellungen sind, bereit erklärt, das Amt zu übernehmen, und so hofft die hiesige Mitgliedschaft nunmehr eine Prüfung am Orte baldigst zustande zu bringen. Bei einer vorgenannten Gefälligkeit der Lehrlingszahl ergaben sich bei durchschnittlich 64 Gehilfen. (Zurzeit: 55), 16 Lehrlinge in diesem Jahre, somit ist die Skala überall voll ausgenutzt und für genügend Nachwuchs gesorgt. Das Jubiläumfest beschloß man Ende Juni durch ein Gassenfest zu feiern. Ferner wurde für den Jubiläumstagsausflug der hierfür geforderte Beitrag bewilligt. Damit fand die gutbesuchte und anregend verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Essen (Aubr). Anfang Mai konnte die Firma Beckling & Müller auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß überreichte das Personal der Inhaberin der Firma ein Gruppenbild des gesamten Personals und eine künstlerisch ausgeführte Adresse. Auch wurde am Grabe des verstorbenen Gründers und nachherigen alleinigen Inhabers in ehrender Erinnerung ein Kranz niedergelegt. Die Firma ließ es sich nicht nehmen, das Jubiläum im Kreise ihrer Angestellten festlich zu begehen, und so vereinigte sich auf eine Einladung der Firma hin am 24. Mai die Familie der Inhaberin mit dem ganzen aus 60 Personen bestehenden Personal und den Frauen der verheirateten Angestellten zu einer gemüthlichen Feier, welche sich nach einem gemeinsamen Abendessen bei Toasten und den Darbietungen des aus dem Personal gebildeten und geleiteten Quartettvereins mit anschließendem Tanzkränzchen bis in die frühen Morgenstunden ausdehnte. Hervorzuheben ist noch, daß in Zukunft allen Angestellten, welche auf eine zehnjährige Mitgliedschaft zurückblicken können, ein ansehnliches Geldgeschenk überreicht werden soll, welches zum erstenmal am Jubiläumstage sieben Angestellten zuteil wurde. Auch an dieser Stelle sei der Firma nochmals Dank für das Gebotene ausgesprochen.

Bad Homburg v. d. H. Unser Ortsverein hielt am 25. Mai in Oberursel eine Monatsversammlung ab, an der sich 17 Mitglieder beteiligten. Sehr bebauerlich war es, daß noch nicht einmal die Oberurseler Kollegen vollständig erschienen waren. Nach Erledigung einiger innerer Vereinsangelegenheiten hielt Bezirksvorsitzungsmitglied Salomon (Frankfurt a. M.) ein sehr feilsichtiges, aber reichhaltiges Referat über: „Die technische und wirtschaftliche Entwicklung“. Beschlossen wurde, das Jubiläumfest mit einem Familienausflug nach Solzhausen zu begehen.

Stuttgart. In der am 24. Mai abgehaltenen Mitgliedschaftsversammlung wurde des verstorbenen Schriftgießerkollegen Adolf Osterlag in ehrender Weise gedacht. Unter „Vereinsmitteilungen“ berichtete der Vorsitzende über den Hamburger Konflikt, um hierauf einige lokale Angelegenheiten, darunter auch die „Volksfürsorge“, zur Kenntnis der Versammlung zu bringen. In der Diskussion wurde das Verhalten der Geschäftsleitung in Hamburg im allgemeinen verurteilt. Die in der letzten Versammlung vertagte Besprechung der Anträge zur Generalversammlung in Danzig brachte eine größere Anzahl Redner auf den Plan. Die Debatte bewegte sich in der Hauptsache um die Regelung der Unterstufungseinrichtungen sowie über die Zulassung der Spartenvertreter zu den Gaugaugen, Savorisierkonferenzen und Verbandsgeneralversammlungen. Ein Teil der Redner war mit der geplanten Verkürzung der Unterstufung an jüngere Mitglieder nicht einverstanden, den Sparten sollten nicht zu große Konzessionen gemacht werden, während ein anderer Teil für die Vorstandsanträge und für die Sparten eintrat. Aber das „Aor.“-Obligatorium waren die Ansichten ebenfalls geteilt; nur betreffs der Abhaltung der diesmaligen Generalversammlung in Danzig waren sich insofern alle einig, als von sämtlichen Rednern verlangt wurde, in Zukunft die Generalversammlungen der großen Kosten wegen an einem zentraler gelegenen Punkt abzuhalten, auch solle eine Beschränkung der Delegiertenzahl eintreten. Den Bericht über die Tarifauschüßung gab in großzügiger Weise Kollege Kanfer, den von Stuttgart gestellten, aber abgelehnten Antrag auf Erhöhung des Lokalaufschlags um 2/3 Proz. in den Vordergrund seiner Betrachtungen stellend. Die Diskussion hierüber war eine äußerst rege; die verschiedensten Ansichten trafen hier aufeinander. Jeder Redner gab seiner Meinung über den Verlauf der Verhandlungen und die Taktik der Gehilfenvertreter Ausdruck. Mit dem Wunsche des Vorsitzenden, zur nächsten am 5. Juli stattfindenden Versammlung recht zahlreich zu erscheinen, hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Wittenberg. Am 25. Mai hielten wir in „Achermanns Garten“ unsere Bezirksversammlung ab. Leider war der Besuch ein sehr schwacher. Von den angeschlossenen Orten, wie Gräfenhainichen, Sorgau und Liebenwerda, war kein Kollege erschienen. Anwesend waren 13 Drucker von 22 Mitgliedern am Ort, auch hatten sich mehrere Seherkollegen eingefunden. Unter „Geschäftlichen“ wurde, bezugnehmend auf ein Rundschreiben der Zentralkommission, die Summe von 10 Mk. bewilligt. Über die vorzunehmende Beitragserhöhung soll die nächste Ortsversammlung beschließen. Nachdem noch einige innerer Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden, hielt Kollege Herrmann (Leipzig) einen Vortrag über den Mischdruck. Redner schilderte den genauen Hergang des neuen Verfahrens und machte die anwesenden Kollegen mit den Vor- und Nachteilen vertraut. Reicher Beifall besahnte die Ausführungen des Referenten. Unter „Berichtedem“ wies Kollege Herrmann noch auf den zu Pfingsten 1914

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Qu. Bezirk Barmen. Am 25. Mai fand unsere zweite diesjährige Bezirksversammlung in Geyersberg statt, welche von 104 Kollegen besucht war: Barmen 51, Remscheid 23, Schwelm 16, Geyersberg 11, Lülfinghausen 2, Sprachhövel 1. Zunächst wurde die Tarifanerkennung der Firmen C. Stock (Häßlinghausen) und Paul Langenbach (Barmen) bekanntgegeben. Aufgenommen wurde ein Neuausgelernter. Am dem gedruckt vorliegenden Kassenbericht pro erstes Quartal 1913 war nichts auszusagen; dem Kassierer Bob wurde Entlastung erteilt. Nunmehr folgte ein Vortrag unseres Gauverwalters Ewald Müller (Köln) über: „Gewerkschaftliche Zeitsfragen“. Der Redner gelangte am Schlusse seines lehrreichen Vortrags zu dem Fazit, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung der verschiedenen Richtungen immer mehr zurückgehe bzw. stagniere, während die freien Gewerkschaften hegreich vorwärts schreiten. So sei in diesem Jahre wiederum die für uns erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß unsere neuangelernten Kollegen mit ganz verschwindenden Ausnahmen sich dem Verband angeschlossen hätten. Ein Antrag Remscheid, der verlangte, daß zwei Bezirksversammlungen im Jahr ausfallen, an deren Stelle gemeinsam mit dem Bezirksvorstande Vertrauensmännerversammlungen stattfinden hätten, um durch die gesparten Fahrtskosten einen Fonds zur Unterstützung hilfsbedürftiger Kollegen zu schaffen, wurde durch einen Antrag auf Übergang zur Tagesordnung erledigt. Begründend führte letzterer Antragsteller ganz mit Recht aus, daß das ohnehin schon laue Versammlungsleben da-

anlässlich der Buchgewerbeausstellung stattfindenden Leipziger Buchdruckerlag hier und hoffte, daß diese alle Kollegen besuchen würden. Der erste Vortragsabend sprach Johann im Namen der Verammlung für den gehaltenen Vortrag Dank aus und schloß die inhaltreiche Verammlung.

○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

Neues Verzeichnis der tariffreien Buchdruckereien. Wie uns das Tarifamt mitteilt, wird das neue Verzeichnis der tariffreien Buchdruckereien noch im Laufe des Monats Juni versandfertig. Im Einzelkaufe kostet das Exemplar 20 Pf., bei Zustellung durch die Post 30 Pf.; bei zwei bis drei Exemplaren beträgt das Porto 20 Pf. und bei vier bis sieben Exemplaren 30 Pf. Mehr als sieben Exemplare können nur als Paket zur Versendung kommen. Die Verwendung erfolgt jedoch nur gegen vorherige Einzahlung des Betrags oder unter Nachnahme.

Berichtserweiterung. Die Hofbuchdruckerei W. Brüder („Vippische Tageszeitung“) erweiterte die Ferien für das technische Personal von vier auf sechs Tage ohne Karenz. In dieser Vergünstigung nehmen elf Kollegen teil.

Meisterprüfung. Vor der Gewerbehaupter in Leipzig hat der Gelehrte Adolf Köhler aus Großsch. die Meisterprüfung mit Erfolg abgelegt.

Ein offpreußischer Handelskammerbericht. In sehr eigenartiger Weise erteilt die Handelskammer Ansbach über die Verhältnisse im Buchdruckgewerbe. In einem uns vorliegenden Auszuge heißt es: „Bei dem Buchdruckgewerbe wurde über den Mangel an tüchtigen Arbeitskräften geklagt, nicht minder wurde Klage geführt über den seit 1. Januar 1912 gültigen, erhöhten Lohnsatz, auf Grund dessen in gewissen Orten ein besonderer Ortszuschlag erfolgt.“ Soviel Worte, soviel Unrichtigkeiten enthalten diese Zeilen! Zunächst vergerenwärtige man sich, daß gerade im Ansbacher Buchdruckgewerbe Zustände herrschen, die für die Gehilfen einfach tödlich sind, und daß diese Stadt durch die Lehrlings- und Seherinnenwirtschaft eine fruchtbarste Berufshilfe erlangt hat. Bei den Firmen de Reuse und Mahne werden nämlich nicht weniger als 26 Seherinnen beschäftigt. Der Jahresbericht des Gaus Ostpreußen für 1912 belagt von dieser Stadt u. a.: „Die Zahl der beschäftigten Personen am Orte beträgt zurzeit 28 Seherinnen, 19 Wäbe, 23 Behrlinge, 7 Bindler und 1 Verbandsmitglied.“ „Der Tarif anerkannt haben von fünf Druckereien nur zwei, und zwar die Firmen C. R. Stuch Nachf. und Dr. A. Bittner; bei letzterer werden jedoch auch zwei Seherinnen beschäftigt, und dieses geschieht, wie es in dem Berichte weiter heißt, unter den Äußerungen der Gutsbesitzer, die während der letzten Bundesmitgliederversammlung die Einführung der Seherinnen schwankt zwischen 4 bis 14 Mk. pro Woche. Wie die Handelskammer dazu kommt, zu berichten, daß über den erhöhten Lohnsatz Klage geführt wird, ist, wie die Figur zeigt, ein Räsel. Naiv ist im Handelskammerberichte die Bemerkung, daß über Mangel an tüchtigen Arbeitskräften geklagt wird. Glaubst du geehrte Herr Verfasser für die den Bindlern, Wäbern und Seherinnen gezahlten Löhne „schon einen Regierungsaffessor“ beanspruchen zu können, so mag er jenen famosen ostpreußischen Prinzipale getroffen die Hand reichen. In den anderen, unweit kleineren Orten des Handelskammerbezirks befinden sich einige tariffreie Druckereien; in den meisten haben sich die Prinzipale „dem Tarif nach nicht gebeugt“ und jammern nun über den Mangel an tüchtigen Arbeitskräften. Es ist ferner unklar, daß auf Grund des erhöhten Lohnsatzes in gewissen Orten ein besonderer Ortszuschlag erfolgt sei. Welches sind denn die „gewissen Orte?“ Auch nicht in einem einzigen der zum Handelskammerbezirk gehörenden Orte besteht ein Ortszuschlag, noch ist ein solcher überhaupt vorgesehen! Diese Stelle hemzuecht denn auch den ganzen Bericht nur als Machwerk der tariffeindlichen Prinzipale!

Verhaftung wegen Verdachts der Brandstiftung. Wie wir der Tagespresse entnommen, wurde am 1. Juni der Buchdruckerbesitzer Ferdinand Bessau in Braunschweig unter dem Verdachte, seine Druckerei in Brand gesetzt zu haben, verhaftet. Bessau befand sich in der Nacht des Brandes am 17. Mai nicht in seiner Wohnung, sondern mit seiner Frau in seinem Gartenhaus bei Richmond. Über die Entstehung des Feuers fand man von vornherein vor einem Räsel. Denn in dem aus völla ausgelegtem neuen Bretter- und Ständerwerk bestehenden Haus, in dem noch reichlich Papierwaren lagerten, war ein launisch durch Seilzug entwickeltes Feuer eigensicht nicht zu verstehen. Wohl aber konnten Vorrichtungen getroffen werden, durch welche das Feuer zu einer bestimmten Zeit aufkommen mußte. Der Weg des Feuers war auch ein eigentümlicher. Es entstand in einem kleinen Raum unter dem Dache, ergriff die durch eine Öffnung mit dem Raum in Verbindung stehende Buchbinderei und zerstörte weiter das Dach. Das Feuer hätte auch sicher das Vorderhaus mit zerstört, wenn nicht die Feuerwehr so schnell zur Stelle gewesen wäre. Man schöpfte sofort Verdacht und ließ die innere Brandstätte fotografieren. Später fand dann eine Vernehmung des Personals statt, weil sich inzwischen der Verdacht der Brandstiftung gegen D. derart verdichtet hatte, daß er in Untersuchungshaft genommen werden mußte.

Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914. Für die internationale Buchgewerbeausstellung Leipzig 1914 hat auch der deutsche Kaiser eine Beteiligung seiner Hausbibliothek genehmigt;

ferner erfreut sich die Ausstellung der Teilnahme der Behörden, der fähigen Mithilfe hervorragender Fachkreise, Gelehrter, Künstler und der Unterstützung von Bibliotheken und wissenschaftlichen Instituten, wie kaum jemals eine andere Ausstellung. Die königlichen und Universitätsbibliotheken Bayerns und Württembergs, die Bibliotheken der Regierungen von S.-Meimar, S.-Meiningen, S.-Koburg-Gotha, S.-Altenburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß i. L. stellen der Ausstellung wertvolle Gegenstände zur Verfügung; ferner werden die Städte Berlin, Dresden, Kamburg, Nürnberg, Mannheim, Waiel, Jitali, Waidau u. a. mit ihren Stadtbibliotheken, Archiven, Sammlungen, Fach- und Gewerbeschulen auf der Ausstellung vertreten sein. Auch die Zahl und die Art der Kongresse, die 1914 auf der Buchgewerbeausstellung ihre Tagungen abhalten, zeigt, welche Bedeutung man in allen Kreisen der Ausstellung beimißt. Zu den schon früher veröffentlichten Kongressen haben sich in letzter Zeit noch folgende zur Tagung angemeldet: Deutscher Verlegerverein, Verein deutscher Redakteure, Verband deutscher Zeitungsbedienten, Landesverband sächsischer Redakteure und Berufsschriftsteller (gemeinsamer Besuch), Vereinigung deutscher Kunstbuchbinder (Jakob-Franke-Bund), Bund deutscher Buchbinderinnungen, Deutscher Faktorenbund, Buchbinderinnung Leipzig, Allgemeine deutsche Kunstgewerkschaft (gemeinsamer Besuch), Internationale stenographische Vereinigung Gabelberger, Verein für vereinfachte Rechtschreibung, Zentralkasse für Familienforschung und Vererbungstheorie, Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, „Die Brücke“, Institut zur Organisierung der geistigen Arbeit, Sächsischer Zeichenlehrerverband, Verband deutscher Handwerkschulmänner, Verein deutscher Handelschullehrer mit Hochschulbildung, Allgemeiner Füllfederzeugungsstag (gemeinsamer Besuch), Vereinigung deutscher Sportartikelhersteller, Zentralverein der Bäckereinnungen, „Germania“ Leipzig, Deutscher Fortverein (gemeinsamer Besuch). Alle diese Kongresse werden gegenüber andern Weltausstellungen, wo sie oft nach Steuergewinn lüchelten, in der angenehmen Lage sein, auf der Ausstellung selbst ein Stenographiebureau vorzufinden, das durch das Entgegenkommen der königlich sächsischen Staatsregierung von Affloren des königlich sächsischen stenographischen Landesamts bedient wird, vor gekullten Stenographen, die in der Lage sind, auch fremdsprachliche Reden wortgetreu aufzunehmen.

Buchdrucker im dänischen Reichstage. Bei den Reichstagswahlen („Folkething“) in Dänemark, die vor kurzem stattfanden, wurden 7 Mitglieder des dänischen Buchdruckerverbandes gewählt. Das „Folkething“ zählt 114 Mitglieder; gewählt wurden 44 Regierungsanhänger (Linke), 32 Sozialdemokraten (darunter 7 Buchdrucker), 31 Radikale und 7 der „Rechten“.

Kirchlicher Terrorismus gegen Arbeiter. Bei den Renovationsarbeiten der St. Nikolai-Kirche in Kölln waren auch freigeorgantisierte Bauarbeiter beschäftigt. Diese Tagelöhner wurden durch die Bauunternehmer während dieser Zeit auf andere Arbeit zu „uchen“. Sozialdemokratische Kräfte setzten an einen Kirchenbau nicht beschäftigt. Die freigeorgantisierten Arbeiter wurden denn auch bald darauf entlassen. Einem Vertreter des Bauarbeiterverbandes gelangt der Unternehmer offen, daß er auf Veranlassung des Kirchenvorstandes gehandelt habe. Abwiegend ist reichlicher Grund für die Annahme vorhanden, daß der Kirchenvorstand von dem Christlichen Bauarbeiterverbande geschoben worden ist. Auf Treiben des letzteren werden auch an dem Neubau der katholischen Kirche in Kölln-Nippes freigeorgantisierte Arbeiter nicht beschäftigt. Man hofft „christliche“ Leute von auswärts heran, während einheimische Bauarbeiter scharrenweise arbeitslos sind. Diese Vorgänge erregen unter den Köllner Arbeitern um so mehr Entrüstung, als Zeitungsarbeiten freigeorgantisierte Arbeiter Köllns der katholischen Kirche angebunden und zur Kirchenfeier herangezogen werden. Das tun dieselben Leute, deren Presse bis in die neueste Zeit a. B. unsern Verbände den Vorwurf machte, er wolle die Meinungsfreiheit unterdrücken.

Unternehmerbedenken gegen ein staatliches Zwangs-schiedsgericht für die Industrie. Ein von der Zentrumspartei im deutschen Reichstage bei der Beratung der Wehrverfassung eingebrachter Antrag auf Schaffung einer staatlichen Einigungs- und Schiedsinstanz, die berechtigt und verpflichtet sein soll, bei ausbrechenden Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern eine für beide Teile verbindliche Vermittlung herbeizuführen, wurde vom offiziellen Organe der Deutschen Arbeitgeberverbände, dem „Arbeitsgeber“, folgendemachen kommentiert: „Hinter dieser Forderung des Zentrumsauftrags verbirgt sich eine Bestimmung, die im Falle der Gelehrdung für die Unternehmer, die vom Staat Aufträge erhalten wollen, von unternehmender Tragweite werden würde. Der Einrichtung eines staatlichen Zwangsschiedsgerichts zur Auslegung von Differenzen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, die vom Staat Aufträge erhalten haben, ist vor allem entgegenzusetzen, daß die Schiedsinstanz keineswegs den wirtschaftlichen Frieden verbirgt, denn die Arbeitnehmer werden das staatliche Schiedsgericht als eine willkommene Waffe zur Bekämpfung des Unternehmertums betrachten — in der Mehrzahl der Fälle wird das Schiedsgericht ausfallen der Arbeitnehmer entscheiden — und die Arbeiter werden unberechtigterweise mit immer neuen Forderungen an die Unternehmer herantreten. Die Folge davon wird sein, daß der wirtschaftliche Friede durch die Einigungs- und Schiedsinstanz fortwährend beeinträchtigt wird. Die Unternehmer ihrerseits werden die unangenehme dauernde Unsicherheit in ihren Betriebsverhältnissen in die Bemerkung der Preise für die erhaltenen Staatsaufträge miteinkalkulieren und einen entsprechenden Preisaufschlag auf die Lieferungsaufräge legen müssen. Ob diese unabweislichen Folgen der zwangsweisen Einrichtung einer staatlichen

Einigungs- und Schiedsinstanz im Interesse des Allgemeinwohls liegen, möge dahingestellt bleiben.“

Nach dem Kampf im Malergewerbe. Die Schwierigkeiten, die die Schaffmacher nach Abschluß des neuen Reichsgründungsvertrages durch die beiderseitigen Organisationen des Malergewerbes noch machten, sind nun im allgemeinen überwunden. Nur der Gau Rheinland-Westfalen des Unternehmerverbandes hat sich zurzeit noch nicht gefügt, obwohl der Vorstand des Unternehmerverbandes dem Verbande der Maler offiziell mitteilte, daß sich nunmehr das Rheinland verpflichtet habe, die neuen Schiedsrichte anzuerkennen. Im übrigen Deutschland ist die Aussperrung allgemein beendet, und es scheint, als liege jetzt selbst auch im Gau Norddeutschland die bessere Einsicht des Unternehmerverbandes, denn man hat hier, wo die eigentlichen Treiber zu der nun für sie so unrichtlich ausgegangenen Aussperrung sitzen, der Gehilfenorganisation mitgeteilt, daß man die Schiedsrichte nun im vollen Umfang anerkenne. Offene Differenzen bestehen jetzt außer im gesamten Rheinland eigentlich nur noch in Hamburg, wo gewisse Maßnahmen des Unternehmerverbandes, mit denen die Unternehmer ihren Rückzug etwas verdecken wollten, einige Schwierigkeiten bereitet. Den Schaden davon haben die an der Aussperrung beteiligten Unternehmer, die, nachdem durch ihre Organisation die neuen Schiedsrichte mit einmal angenommen worden sind, von deren Erfüllung, so schwer es ihnen auch ankommen mag, nicht mehr befreit werden. Ihre anfänglichen Seitenstünge wegen des eigenmächtig erteilten Unternehmerbetrugs nachweises und der Aufhebung der allgemeinen Lohnhöhung werden ihnen durch Eingreifen der Zentralinstanzen noch entsetzt werden. Und auch die Differenzen, die in vielen Orten wegen der Auslegung der Ziffer 4 des neuen Schiedsrechts entstanden sind, nach der während der Aussperrung in größerem Umfange durchgeführten Lohnhöhungen allgemein durchgeführt werden sollen, werden ihre Erledigung finden. Denn mit dem Ausschließen des bekannten Schreibens der drei Unparteilichen durch den Unternehmerverband, der dazu nur durch eine einseitige Aufstellung des dem Schreiben zugrunde liegenden Tatbestandes gekommen ist, werden sich die Gehilfenorganisationen nicht so leicht Kaufs abfinden. Sie werden den jetzt wegen ihrer allgemeinen Abfuhr auf Rache sinnenden Unternehmern nichts von ihren Ergrünlichkeiten preisgeben. Die Entschlossenheit und Ausdauer der Gehilfen und ihrer Organisation während des zwölfwöchigen Kampfes wird den rachebürtigen Schaffmachern eine deutliche Warnung sein. Sie jetzt die Arbeit außer im Rheinland und Hamburg fast ausnahmslos wieder aufgenommen, so wird sicher auch hier bald eine Regelung erfolgen. Es wird dann die Zeit der brüßlichen Verhandlungen zur endgültigen Festlegung der brüßlichen Verträge und zur strikten Durchführung der getroffenen Abmachungen folgen und, wie die Gegenläufe durch die ähnliche Aussperrung nun einmal verwickelt worden sind, noch manche Auseinandersetzung zwischen den beteiligten Faktoren mit sich bringen.

○○○○○ Literarisches ○○○○○

„Typographische Mitteilungen.“ Offizielles Organ des Verbandes der Deutschen Typographischen Gesellschaften. Das loben ererbene Jünnisch dieser hoch-gemeinnützigen Fachschrift ist „dem Verbands der Deutschen Buchdrucker als Mahner der wirtschaftlichen Interessen und als Förderer der beruflichen Fortbildung auf seiner achten Generalversammlung“ gewidmet. Es ist also sozusagen die erste Feinddruckgabe, die den deutschen Buchdruckergehilfen als Einführung zur bevorstehenden Generalversammlung in Danzig überreicht wird. Und die Tatsache, daß dies von einer in erster Linie auf technischen Grundlagen aufgebauten Organisation, dem Verbands der Deutschen Typographischen Gesellschaften, ausgeht, scheint von einer gewissen Vorbedeutung für den Charakter und die Richtlinien der diesjährigen Tagung des obersten Verbandsparlamentes zu sein. Es zeigt sich hierin von vornherein der Zug der Zeit und in gewissem Sinne auch die Forderung für einen großen Teil unserer zukünftigen Aufgaben im besondern. Und dieser „Zug der Zeit“ zieht sich durch das Äußere wie das Innere des vorliegenden Mitteilungsheftes in gleichmäßigem, aber nicht prunkender, in einfacher aber doch klarer und selbstwähliger Weise. Schon die Zeichnung auf dem Umschlage, das Hand-in-Hand-Arbeiten zwischen älteren und jüngeren Kollegen, zwischen auf der Höhe der technischen Leistungsfähigkeit Stehenden und Lernenden darstellend, läßt erkennen, daß ernstes Streben und kollegiales Leben dem Inhalte dieses Heftes zur Grundlage dient. Das kommt auch in dem einleitenden Artikel, einer kurzen und prägnanten Begründung der bevorstehenden achten Verbandsgeneralversammlung, in fasslicher kluger Weise durch eine logische Verbindung der prinzipiellen mit den technischen Aufgaben unserer Gesamtorganisation zum Ausdruck. Und in ebenbürtiger Weise reißt sich daran in inoffiziellstem Aufbau ein technischer Artikel nach dem andern. „Neuzeitliche Schrift- und Satzgestaltung“, „Der Geschicht der Schmalzdrücke“, „Die Buchdruckmaschine und ihre Entwicklung bis zur Gegenwart“, „Die Entwicklung der Stereoskopie“, „Zur Entwicklung des Schriftsetzerberufes“ sowie „Deutsche Sprache und Rechtschreibung“ bilden die Themen des weiteren fertlichen Inhalts und haben von kundigen und bekannten Fachmännern in knappen Rahmen eine ausgezeichnete Behandlung gefunden. Durchschossen ist der Text von prächtigen Satz- und Druckproben, die sich zum größten Teil aus der Webergabe eines Teils der Feinddruckachen von den vorjährigen Jubiläumstagen der Gauvereine Berlin,

Leipzig und Dresden sowie der letzten Generalversammlung in Hannover aufzunehmen. Neben der letzten Tafel der „Schreibvorlagen“ ist ferner unter anderer Beilage besonders die sehr geschmackvoll ausgestattete „Festschrift“ zum Gewerkschaftsfest in Leipzig 1912 hervorzuheben. Diese legt ein barendes Zeugnis für die technische Leistungsfähigkeit der Buchdrucker der „Leipziger Volkszeitung“ ab, bildet aber gleichzeitig auch inhaltlich für vorwärtsstrebende Gewerkschaftsmittelglieder in prinzipieller Hinsicht schätzenswerte Anregung und Belehrung. Auch die Beilage der Buchdrucker W. Pfannkuch in Magdeburg bestätigt aufs beste, daß eine Buchdruckerei unter sozialdemokratischer Leitung sehr wohl infundiert ist, auch die technische Seite des Buchdruckerhandwerks in vorbildlicher Weise zu pflegen. So bildet das Gemischte der „Typographischen Mitteilungen“ in allen Teilen ein musterhaftes Ganzes und eine würdige Geste für alle mit Verbands der Deutschen Buchdrucker vereinigten Buchdruckergehilfen, dem früheren Vorstände des Verbandes des Typographischen Gesellschafte zur Ehre gereichend, nicht minder aber auch als Kronzeuge für die technische Leistungsfähigkeit der Buchdruckerei Adell & Sille in Leipzig, deren Leitung und Personal es sich zur Ehre anrechnen, in die saubere und wunschgemäße Herstellung dieser Fachschrift ihr bestes Können hineinzulegen. — Wie aus dem Inzerat ist helliger Nummer zu ersehen ist, ist diese Sondernummer auch für Nichtabonnenten zum Preise von 20 Pf. einzeln käuflich. Im übrigen beträgt der Bezugspreis für ein Vierteljahr nur 60 Pf. Dieser billige Preis deckt knapp die Herstellungs- und Postspesen, was als Beweis dafür dienen kann, daß es sich hier um ein Internebetriebs handelt, das einzig und allein der Gesellschafte zugute kommt. Bestellungen und Gebührendungen sind an die Verbandsstelle der „Typographischen Mitteilungen“ in Leipzig, Schillerstr. 20, zu richten.

Briefkasten.

E. D. in S.-G.: 1. Nach Beendigung der Tarifbemessungen befehen unfers Erachtens keine Hindernisse, mehr für das Verlesen der nördlichen Länder. — G. M. in E.: D. G. in E.: — Deutscher Graphischer Verband in Sao Paulo: Sie wollen uns die Ihnen nicht ausgegangenen Nummern angeben. — S. W. in Münster: 2,90 Mk.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chemnitzplatz 5 II.
Sprechstunde: Mitt. Nachm., Nr. 1191.

Bekanntmachung.

Wir machen die Mitglieder der Danziger Kommission, daß alle Konditionsangebote vor der Annahme eines Engagements Erkundigungen einzuholen werden müssen. Mitglieder, die diese statutarisch vorgeschriebene vorherige Anfrage unterlassen, werden auf die Dauer von 13 Wochen außer Bezug jeder Verbandsunterstützung gesetzt, ebenso erhalten solche Mitglieder im Fall eines Umzugs keine Umzugsbeihilfe.

- Anfragen bei Konditionsangeboten sind nur zu richten für den Gau:
- Bayern: Joseph Seif, München, Holzstraße 24 I.
 - Berlin: Albert Massini, Berlin SO 16, Engelauer 14/15 I.
 - Dresden: Feinr. Wendische, Dresden, Wachsbleichstraße 8.
 - Elb- u. Thüringen: Joseph Algnor, Stralsburg i. C., Zücher Straße 20 III.
 - Erzgebirge-Bohland: Otto Dähnel, Chemnitz, Postlokalstraße 7 I.
 - Frankfurt-Hessen: C. Dominé, Frankfurt a. M., Wiedenstraße 2 III.
 - Hamburg-Altona: W. Dreier, Hamburg, Befensbinderhof 57 II.
 - Hannover: Karl Rosenbruch, Hannover, Dehmoldstr. 11.
 - Leipzig: Karl Engelbrecht, Leipzig, Brüderstraße 9 I.
 - Mechlenburg-Vorpommern: L. Dahndt, Schwerin i. M., Mühlstraße 10 I.
 - Mittelrhein: Feinr. Fuhs, Mannheim, Poststraße 8.
 - Nordwest: C. Rönnow, Bremen, Falkenstraße 4 I.
 - Oberhein: Karl Lindenlaub, Freiburg i. Br., Zastusstraße 10 I.
 - Oder: Paul Hannack, Steffin, Turnerstraße 10 I.
 - Osterrhein-Thüringen: Emil Prox, Weimar, Büttelstedter Straße 6 I.
 - Preußen: H. Reisner, Königsberg i. Pr., Wallische Gasse 12 II.
 - Polen: Felix Wagner, Posen O 1, Königsplatz 5, Gartenhaus.
 - Rheinland-Westfalen: Emil Albrecht, Köln a. Rh., Gereonshof 28.
 - An der Saale: Hugo König, Halle a. S., Kleine Klausstraße 7 I.
 - Schlesien: Karl Fiedler, Breslau I, Kupferchmiedestr. 7 II.
 - Schleswig-Holstein: M. Prüter, Kiel, Schauenburgerstraße 34 III.
 - Westpreußen: Fr. Nagrobki, Danzig, Petershagen a. d. R. 12 I.
 - Württemberg: Karl Knie, Stuttgart, Keustigstraße 54 p. Die Gauunterteilungen finden die Mitglieder in den „Beilagen des Vorstandes“, Seite 20—26.

Der Vorstand.

Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind unbedingt Erkundigungen einzuholen, da die betreffenden gegenseitigen Verbände solche Mitglieder sofort ausschließen bzw. auf die Dauer von sechs Monaten und mehr außer Bezug sämtlicher Mitgliedsrechte setzen, welche

- ohne vorherige Anfrage eine Kondition anzunehmen haben. Die Adressen dieser gegenseitigen Verbände sind für: Belgien: A. van Haesendonck, Brüssel-Maritime, 40 Rue van Mevel.
 - Bosnien und Herzegowina: Typographenverein für Bosnien und Herzegowina, Sarajewo, Postfach.
 - Brasilien: Alfred Hanke, em casa, Hennies Irmaos, Sao Paulo (Brasilien), Rua do Riachuelo 14 e 16.
 - Bulgarien: Vorstand des Bulgarischen Typographenverbandes, V. P. Dulgeroff, Präsident, Sofia, Tschiprovwstraße 1.
 - Dänemark: Viktor Petersen, Kopenhagen K, Nybrogade 12.
 - Finnland: Finska Typograförbundet, Helsingfors, Fabriksgatan 8.
 - Frankreich: A. Keifer, Paris, Rue St. Antoine 62.
 - Italien: Comitato centrale della Federazione Italiana dei Lavoratori del Libro, Milano, Via Manfredi Fanti, 19.
 - Kroatien: L. Wieser, Agram, Primorska ulica 2.
 - Luxemburg: W. Bastendorff, Luxemburg, Philippsstraße 7.
 - Nordamerika: Hugo Miller, Bundessekretär der D.-A. Typographia, Newton Claypool Bldg., Indianapolis (Ind.).
 - Norwegen: O. Ruud, Kristiania, Youngs-gaden 13.
 - Österreich: F. Reifmüller, Wien VII r, Seidengasse 15.
 - Riga: Redaktion des „Neuen Baltischen Bucharbeiter“, Riga (Russland), Postfach 616.
 - Rumänien: Vorstand des Buchdruckervereins „Gutenberg“, Bukarest, Boulevard Carol I (Bursa Muncel).
 - Serbien: Vorstand des Typographenvereins, Belgrad, Restaurant „Dva Pobratinia“, Makedonska ulica.
 - Schweden: Svenska Typograförbundets Expedition, Stockholm, Jacobsgatan 22a.
 - Schweiz (deutsche): Jacq. Schlumpf, Sekretär, Bern, Maulbeerstraße 32.
 - Schweiz (romanische): Joli Vallon, Cercle Typographique, Lausanne, Place du Nord 2.
 - Ungarn: Redaktion der „Typographia“, Budapest VIII, Bérkocsis-utca 1.
- Der Vorstandsvorsitz.

Generalversammlung in Danzig.

Für Unterkunft der Delegierten, der Vorstandsmitglieder und Ehren Gäste ist wie folgt besorgt: „Hotel Deutscher Hof“, Pfefferstraße 79; „Sauptorstand“, „Kronprinz“, „Deutscher“, „Vierländer“, „auswärtiger Verbände“ und des Generalkommissionärs Delegierte der Gauen Hamburg, Schlesien, Nordwest und Elb- u. Thüringen; „Hotel Kronprinz“, Schlegelstraße 33; Delegierte der Gauen Rheinland-Westfalen, Dresden, Oberhein und Polen; „Hotel Banselew“, Hauptmarkt 3; Delegierte der Gauen Berlin, Hannover und Westpreußen; „Drocks Hotel“, Elisabethkirchengasse 4; Delegierte der Gauen Leipzig und Erzgebirge-Bohland; „Hotel Sevelius“, Pfefferstraße 53; Delegierte der Gauen An der Saale und Osterrhein-Thüringen; „Hotel zur Hoffnung“, Krebsmarkt 8; Delegierte der Gauen Mittelrhein, Württemberg, Schleswig-Holstein, Oder und der Vertreter des Internationalen Sekretariats; „Hotel zum goldenen Löwen“, Pfefferstraße 64; Delegierte der Gauen Bayern und Frankfurt-Hessen. — Die Herren Delegierten wollen die Zeit ihres Eintreffens in Danzig baldigst dem Kollegen Nagrobki, Petershagen a. d. R. 12, anzeigen.

Gau Nordwest. (Gauvorstandswahl.) Als erster Vorsitzender wurde Kollege S. Niska mit 797 Stimmen, als zweiter Vorsitzender Kollege Nubhorn mit 804 und als Schriftführer Kollege A. Bertram mit 798 Stimmen gewählt. Abgegebenes Stimmzettel 869, zerplittert 127, weiß 22, unglücklich 2.

Gau Osterrhein-Thüringen. Anträge zu dem am 31. August und 1. September in Weimar („Volkshaus“) stattfindenden Gaufest bzw. zur Generalversammlung der Gauwitwen und -waisenchaft sind bis spätestens Dienstag, den 29. Juli, beim Gauvorstand einzureichen.

Bezirk Mäckerleben. (Delegiertenwahl am Gaufest.) Abgegebenes Stimmzettel 209, zerplittert 1 Stimme. Es erhielten Stimmen die Kollegen Blättermann (Bismburg) 91, Büttner (Kieffeld) 143, Elze (Bismburg) 77, Kaula (Kalle) 59, Koch (Stahlfurt) 104, Melbert (Stahlfurt) 83, Steffens (Mäckerleben) 104, Ullner (Mäckerleben) 157. Die Gelperrgerbrachten sind gewählt.

Bezirk Gerswade. Der Kollege Leonhard Hollweg (Hauptbuchnummer 91 078) wird hiermit aufgefordert, seine restierenden Beiträge bis spätestens 1. Juli zu begleichen, widrigenfalls Ausschluss erfolgt. Die Herren Funktionäre werden gebeten, den Kollegen S. hierauf aufmerksam zu machen.

Bezirk Zelt. (Gaufestdelegiertenwahl.) Abgegeben wurden 94 gültige Stimmzettel. Davon erhielten die Kollegen: Bloßfeld (Weidenfels) 61, Lange (Zelt) 43, Drechsler (Zelt) 34, Gärtner (Weidenfels) 33, Marx (Zelt) 16 Stimmen. Zerplittert 1 Stimme. Die ersten beiden Kollegen sind somit gewählt.

Bremen. Die verehrlichen Funktionäre werden um Angabe der Adresse des Druckers Wilhelm Grund aus Bremen (Hauptbuchnummer 71 382) an die hiesige Verwaltung gebeten. Es ist unter Mitnahme von zwei Bibliotheksbüchern (Wert 11 Mk.) abgerufen.

Koblenz. Der Geher Willi Schneider (Hauptbuchnummer 44507) wird hierdurch aufgefordert, den Rest (3 Mk.) seines erhaltenen Reisebroschures proktofrei innerhalb 14 Tagen an B. Mehler, Briere, Straße 174, einzuliefern, widrigenfalls Ausschluss beantragt wird.

Halle a. S. Der Geher Karl Sonett (Hauptbuchnummer 92108), zuletzt hier in Kisdilich, wird hierdurch aufgefordert, seine Reste in hiesigen Ortsvereine zu begleichen, da sonst Ausschluss beantragt wird. Die verehrlichen Verbandsfunktionäre werden gebeten, den Kollegen S. hierauf aufmerksam zu machen.

Abreisenderänderungen.

Greif. (Machsen-Herovereinigung.) Vorsitzender: Max Maas, Prager Straße 33 II.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwerbungen innerhalb 14 Tagen an die beigelagte Adresse):

In Effen der Drucker Georg Kreibitz, geb. in Barmen 1873, ausget. das. 1891; war schon Mitglied. — Otto Kitzlich in Essen-Rüttenscheid, Alfredstraße 1a.

In Hamburg 1. der Geher-Stereotypen Karl Heggblum, geb. in Hamburg 1877, ausget. in Blankenese 1897; die Drucker 2. Alfred Otto Bögl, geb. in M. Gladbach 1888, ausget. das. 1905; 3. Bernhard Scheel, geb. in Hamburg 1881, ausget. das. 1900; 4. Ernst Max Fröhlich, geb. in Preßlau 1891, ausget. in Merchan 1910; wären schon Mitglieder. — W. Dreier, Befensbinderhof 57.

In Köslin der Geher Franz Jiebell, geb. in Althausen (Gr. Belgard) 1893, ausget. in Köslin 1911; war noch nicht Mitglied. — Bruno Brähle, Annenstraße 21.

In Rützenburg i. S. der Geher Hermann Kenning, geb. in Raage i. M. 1892, ausget. das. 1911; war noch nicht Mitglied. — Martin Prüter in Kiel, Schauenburgerstraße 34 part.

In Sleswig i. W. der Geher Karl Schreiner, geb. in Sinsbad 1894, ausget. in Neudorf 1911; war schon Mitglied. — Osw. Große in Chemnitz, Reviher Straße 8.

Arbeitslofenunterstützung.

Hauptverwaltung. Bericht vom Monate April 1913.

a) Auf der Reise: Abernommen vom vorhergehenden Monate 156 Mitglieder, aus Kondition kamen 331, aus gegenseitigen Vereinen 102 (39 Verbände und 63 gegenseitige Mitglieder, und zwar aus Dänemark 2 Verb. und 16 gegenf. Mitgl., aus Frankreich 1 gegenf. Mitgl., aus Lützenburg 1 Verb. und 1 gegenf. Mitgl., aus Norwegen 1 gegenf. Mitgl., aus Österreich 33 Verb. und 44 gegenf. Mitgl., aus der Schweiz 3 Verb.-Mitgl.), aus konditionslofen Aufenthalte kamen 41, krank waren 5, zusammen 635 Mitglieder (555 Verb. und 80 gegenf. Mitglieder, hierunter 8 Dänen, 11 Norweger, 37 Österreicher, 1 Schwede, 9 Schweizer und 14 Ungarn). Von diesen auf der Reise befindlichen 635 Mitgliedern hatten vorher geleistet: 20, 6 bis 12 Beitr., 185 13—49 Beitr., 78 50—74 Beitr., 10 75 bis 99 Beitr., 84 100—149 Beitr., 172 150—499 Beitr.; 20 500—749 Beitr. und 7 Mitglieder 750 und mehr Beiträge. — Es trafen wieder in Kondition 133 Mitglieder, gingen am Schlusse des Monats in das Gebiet gegenseitiger Vereine 121 (85 Verb. und 36 gegenf. Mitglieder, und zwar nach Amerika 1 Verb.-Mitgl., nach Belgien 1 Verb.-Mitgl., nach Dänemark 7 Verb. und 6 gegenf. Mitgl., nach Frankreich 3 Verb.-Mitgl., nach Holland 1 Verb.-Mitgl., nach Lützenburg 1 Verb.-Mitgl., nach Österreich 51 Verb. und 25 gegenf. Mitgl., nach Russland 1 Verb.-Mitgl., nach der Schweiz 19 Verb. und 5 gegenf. Mitgl.), bei Schlusse des Monats verließen konditionslos am Orte 66, krank wurden 4, ausgesteuert 1, auf der Reise verblieben 310, zusammen 635 Mitglieder, und zwar 472 Geher, 140 Drucker, 9 Geher, 9 Stereotypen, 3 Galvanoplastiker, 1 Korrektor und 1 Stempelschneider. Außerdem waren nach den Angaben der Reiseleiterverwalter 15 Nichtbezugsberechtigte (darunter 2 Drucker und 1 Geher) und 26 Ausgesteuerte (darunter 3 Drucker) auf der Reise. — Es wurden vorausgabt: An 341 Mitglieder für 4312 Reiselege (grüne Leg.) a 1 Mk. = 4312 Mk., an 294 Mitglieder für 3851 Reiselege (weiße Leg.) a 1,50 Mk. = 5776,50 Mk., an Porto 15,40 Mk., an Remuneration 177,10 Mk., in Summa 10 281 Mk., hiervon 9150 Mk. an Verbands- und 1131 Mk. an gegenseitige Mitglieder, und zwar: 140,50 Mk. an Dänen, 196,50 Mk. an Norweger, 483 Mk. an Österreicher, 29 Mk. an Schweden, 144,50 Mk. an Schweizer und 137,50 Mk. an Ungarn. — Im Verhältnisse zu demselben Monate des Vorjahrs wurde Reiseunterstützung gezahlt:

1913 an 635 Mitgl. 8163 Tage	=	10 281,— Mk.
1912 „ 417 „ 4866 „	=	6 280,55 „
mehr 1913 an 218 Mitgl. 3297 Tage	=	4 000,45 Mk.

b) Am Ort: Abernommen vom vorhergehenden Monate 1185 Mitglieder, neu hinzugekommen 1680, zusammen 2865 Mitglieder; hiervon waren berechtigt 733 Mitglieder bis zu 20 Tagen, 1584 Mitglieder bis zu 140 Tagen, 332 Mitglieder bis zu 210 Tagen und 216 Mitglieder bis zu 280 Tagen. — Es trafen wieder in Kondition 1297 Mitglieder, gingen auf die Reise 117, wurden krank 27, ausgesteuert 63 (wovon 41 mit 70 Tagen, 20 mit 140 Tagen, 1 mit 210 Tagen und 1 mit 280 Unterfertigungstagen), zu einem andern Berufe gingen 4, gefordert 1, ins Ausland 2, im Bezuge der Unterfertigung verblieben am Schlusse des Monats 1354 Mitglieder, zusammen 2865 Mitglieder, und zwar 2105 Geher, 634 Drucker, 74 Geher, 38 Stereotypen, 10 Galvanoplastiker und 4 Korrektoren. — Diese 2865 Mitglieder verteilten sich auf die einzelnen Gauen wie folgt: Bayern 284 (darunter München 150, Nürnberg 40, Würzburg 14), Berlin 705, Dresden 159 (darunter Stadt Dresden 136), Elb- u. Thüringen 27, Erzgebirge-Bohland 62 (darunter Chemnitz 26), Frankfurt-Hessen 73 (darunter Frankfurt a. M. 50), Hamburg-Altona 159,

Hannover 90 (darunter Stadt Hannover 46, Braunschweig 21), Leipzig 314, Mecklenburg-Rübeck 13, Mittelrhein 76 (darunter Darmstadt 14, Mainz 13), Nordwest 40 (darunter Bremen 19), Oberhein 47 (darunter Freiburg i. Br. 25, Karlsruhe 15), Oder 93 (darunter Potsdam und Steffin je 15), Osterland-Schüringen 77 (darunter Raumburg 28), Ostpreußen 15, Posen 11, Rheinland-Westfalen 226 (darunter Köln 31, Düsseldorf 27, Essen 15, Bielefeld 14, Dortmund 13, Mächen 12), An der Saale 115 (darunter Halle a. S. 25, Magdeburg 24), Schlesien 101 (darunter Breslau 40), Schleswig-Holstein 20, Westpreußen 30 (darunter Danzig 19), Württemberg 129 (darunter Stuttgart 100). — Es wurden vorausgibt: An 733 Mitglieder für 10429 Tage a 1,50 Mk. = 15643,50 Mk. und an 2132 Mitglieder für 32394 Tage a 1,75 Mk. = 56689,50 Mk., in Summa 72333 Mk. — Im Verhältnisse zu demselben Monate des Vorjahrs wurde Ortsunterstützung gezahlt:

1913 an 2865 Mitgl. 42823 Tage = 72333,— Mk.
1912 " 2441 " 34336 " = 58033,75 "

mehr 1913 an 424 Mitgl. 8487 Tage = 14299,25 Mk.
Die Ausgabe von 72333 Mk. verteilt sich auf die einzelnen Gaue wie folgt: Bayern 8249,50 Mk., Berlin 18828,75 Mk., Dresden 3778,25 Mk., Elb-Lothringen 807,75 Mk., Erzgebirge-Bogiland 1725,25 Mk., Frankfurt-Sachsen 1620,75 Mk., Hamburg-Altona 3952,50 Mk., Hanno-

ver 2166 Mk., Leipzig 7943 Mk., Mecklenburg-Rübeck 232 Mk., Mittelrhein 1766,50 Mk., Nordwest 1009 Mk., Oberhein 1047 Mk., Ober 2216,75 Mk., Osterland-Schüringen 1725,75 Mk., Ostpreußen 258,75 Mk., Posen 258,25 Mk., Rheinland-Westfalen 5522,50 Mk., An der Saale 3051,75 Mk., Schlesien 1994,50 Mk., Schleswig-Holstein 368,75 Mk., Westpreußen 688,75 Mk. und Württemberg 3121 Mk.

Insgesamt wurden auf der Reise und am Ort im Monate April:

1913 an 3500 Mitgl. 50986 Tage = 82614,— Mk.
1912 " 2858 " 39202 " = 64314,30 "

mehr 1913 an 642 Mitgl. 11784 Tage = 18299,70 Mk. ausgezahlt. Nach der Anzahl der Tage (50986) sind daher 1699 Mitglieder (gegen 1307 Mitglieder im Vorjahre) den ganzen Monat April hindurch im Besitze von Arbeitslohnunterstützung gewesen.

Göppingen. Das Buch des Schweizerdegen Franklin Müller aus Wasserberg (Hauptbuchnummer 69 999) ist durch die Post verloren gegangen. Demselben wurde unter derselben Hauptbuchnummer und Hannover 3306 ein neues ausgefellt.

Verammlungskalender.

Märkerleben. Versammlung heute Sonnabend, den 7. Juni, abends 9 Uhr, im „Kaiserhof“.

Breslau. Stereotypen- und Galvanoplastikerverammlung Dienstag, den 10. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant von Zimpel, kleine Grochganggasse 10/11.

Borna. Versammlung heute Sonnabend, den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Zimmerhof“.

Eberfeld. Versammlung Sonnabend, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Volksbau“, Hombüchel 6.

— Bezirksversammlung Sonntag, den 6. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, in Ohligs, Rathausstraße.

Grünberg i. Schl. Versammlung heute Sonnabend, den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Café Weinblösch“.

Guben. Versammlung heute Sonnabend, den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Mark Brandenburg“.

Güstrow. Versammlung heute Sonnabend, den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Hotel de Russie“, Mühlentstraße.

Hamburg-Altona. Vorstandssitzung Montag, den 9. Juni, abends 9 Uhr, im Vereinsthureau, Besenbinderhof 57 II.

Ludwigshafen a. Mannheim. Maschinenmeierversammlung heute Sonnabend, den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr.

Mühlhausen i. Th. Versammlung heute Sonnabend, den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Kaiser Wilhelm“.

Münster i. W. Versammlung heute Sonnabend, den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinsthale.

Neuenpinn. Bezirksversammlung Sonntag, den 6. Juni, vormittags 10 Uhr, in Bücklingen, im Saale der „Turn- und Spielplatz“.

Saarbrücken. Bezirksversammlung Sonntag, den 29. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, in Bücklingen, im Saale der „Turn- und Spielplatz“.

Ulm-Neuim. Versammlung heute Sonnabend, den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Parlischen Hof“, Neuim.

Wiesbaden. Maschinenmeierversammlung Sonntag, 8. Juni, vormittags 11 1/2 Uhr, in Biebrich, im Restaurant „Scheppe Cate“.

Gesucht für neu zu gründende Parteidruckerei ein mit dem modernen-Setzungenweifen gut vertrauter

Faktor

Bewerber, die schon ähnliche Stelle in Parteidruckerei bekleideten, erhalten den Vorzug. Gesl. Offerten unter „Parteidruckerei 882“ bis spätestens 20. Juni an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Süchtiger
Maschinenmeister
Schriftsetzer**

für Schnellpressen und mehrere

für Akzidenzdruck per sofort verlangt. Offerten unter Ks. 883 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Gewissenhafter Korrektor

gesucht von Mehger & Wittig, Leipzig, Hofe Straße 1.

Buch- und Akzidenzdruckerei
(großer Anlauf), sehr erweiterungsfähig, wegen Anknüpfung des Besitzers sofort preiswert überzulassen. Offerten unter H. H. 863 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Süchtiger
Lithotypsetzer**
korrekter Arbeiter, für sofort oder spätestens den 23. Juni gesucht. Angebote mit näheren Angaben über Praxis und Lohnansprüchen erbeten.
„Schleifische Bergwacht“,
Neu-Salzbrenn (Post Bad Salzbrunn i. Schl.).

Süchtige Schriftsetzer
gesucht, bevorzugt werden solche, welche fertigmachen und auf Höhe setzen können.
Schriftsetzerei Brüß & Glodt, Frankfurt a. M.

Hymne „heil Gutenberg“
Text von Karl Helmholz, komponiert von Kammermusikant Hans Ziehe, für das Jubiläum empfohlen. Partitur 20 Pf. Zu beziehen durch [843]
S. Sille, Verlag, Weimar.

Die Stereotypie
Praktische Winke für Maschinenmeister und Setzer.
Preis 1,20 Mk.
E. Gauvel, Hamburg 31. [876]

Verbandshymne
Zum 40. Jahr. Vesschen des Verbandes erschienen: Dichtung von Willi Strahl / Komp. von Alfred Schweidert / Mit kleiner Orchester- oder Pianofortebegl. / Verlag: Adelt & Sille, Leipzig

**Königlich Sächsische
Landes-Lotterie**
(in Preußen verboten)
Günstigste deutsche Staatslotterie. Die einzige, in welcher jedes 2. Los gewinnt.
Im günstigsten Falle:
500000
Hauptgewinne:
500000
300000
200000
150000
100000
Ziehung 1. Klasse 11. u. 12. Juni 1913.
Loose 1/10 1/5 1/2 1/1
5.— 10.— 25.— 50.—
Staatliche Lotterien
Martin Kaufmann, Leipzig
Windmühlenstraße 45. [868]

Segerblusen
echt blauweiß gestreift u. in jeder Farbe:
110 120 130 140 cmg.
Qual. extra 3,40, 3,60, 3,80, 4,00 Mk.
" Wa. 3,10, 3,20, 3,35, 3,50
" I 2,85, 3,00, 3,15, 3,30
" II 2,55, 2,70, 2,85, 3,00
" III 2,20, 2,35, 2,50, 2,65
Maschinenmeisterstücke zu 2,50—3 Mk
Arno Chold in Gera (K.)
Gabeln für Berufskleidung u. Wäsche.
Katalog frei! [877]

**Zwanzig Tausend
„Typographische Mitteilungen“**

wurden vom Juniheft gedruckt, das dem Verbands der Deutschen Buchdrucker zur achten Generalversammlung gewidmet ist. Neben einem Begrüßungsartikel finden in dieser Sondernummer die hauptsächlichsten Gebiete unfres Berufs durch folgende Aufsätze eine klare und verständliche Beschreibung: Neuzeitliche Schrift- und Satzgestaltung; Zur Geschichte der Setzmaschine; Die Buchdruckmaschine und ihre Entwicklung bis zur Gegenwart; Entwicklung der Stereotypie; Entwicklung des Schriftsetzergewerbes; Deutsche Sprache und Rechtschreibung. Das beschreibende Wort kommt recht gut zur Geltung durch die auf acht Seiten untergebrachten Beispiele und den von den Firmen Plannuck & Co. (Magdeburg), Leipziger Buchdruckerei A.-G., Radelli & Hille (Leipzig), Schriftgießerei Genzsch & Heyse (Hamburg), E. T. Gleitsmann (Dresden), Berger & Wirth (Leipzig) und Otto Baer (Radebeul-Dresden) gestifteten Beilagen. Die Namen der Firmen hürge dafür, daß jedes einzelne Blatt eine vorzügliche Leistung darstellt.

Ein Teil dieser Sondernummer, soweit sie eben nicht für die festen Abonnenten (16000) benötigt wird, ist auch einzeln käuflich, und zwar das Heft zu 20 Pfennig. Den Bestellungen ist außerdem für 1 Expl. 10 Pf. Porto, 2 Expl. 20 Pf., 3 bis 5 Expl. 30 Pf. und für 6 Expl. an Paketporto beizufügen. Geldsendungen bestellgeldfrei! Bestellungen und Geldsendungen richte man an die Versandstelle der „T. M.“, Leipzig-Stötteritz, Arnoldstr. 20 / Alle Postanstalten nehmen zum Preise von 60 Pf. vierteljährlich Abonnements an.

Schönecker Stahlbrunnen
(unter ständiger wissenschaftlicher Kontrolle des Prof. Dr. med. Kionka, Vorkseher des pharmakologischen Instituts der Universität Jena), ein vorzügliches natürliches Heilmittel gegen Blutarumt, Bleichsucht, Herzkrankheiten, Zirkulationsstörungen, Magenbeschwerden, Frauenkrankheiten, nervöse Zustände, für Anreicherung und Aufreicherung des Bluts, Stärkung des Wohlbefindens, Anregung zur Nahrungsaufnahme, Förderung der Magen- und Darmtätigkeit, Stärkung nach überstand. Operationen, Blutverlusten, Wochenbetten, Influenza usw. — Ausführl. Mitteil. über Bezug des Brunnens d. Schönecker Stahlbrunnen, Boppard a. Rh. 54.

Technikum für Buchdrucker
Beste technische, kunstgewerbliche und sachkaufmännische Ausbildung. Vorbereitung für die Meisterprüfung. Vorträge, Besuche von Museen und Fabriken. Unterricht im Setzungenwesen und Journalismus. Dauer der Kurse ein Jahr. Tätigkeitsberichte usw. Durch die Geschäftsstelle: Leipzig-R., Senefelderstraße 13-17

Johannistfest Theaterf., Geselshart., Menf. Graph. Verlagsanst., Halle a. S.

Für die Ehrungen, Glückwünsche und Angebinde, die mir anlässlich meiner 40jährigen Verbandsangehörigkeit seitens des Gauvorstandes von Rheinland-Westfalen, von den Ortsvereinen Münster und Dülmen sowie vom Gelangvereine „Typographia“ und den Kollegen von nah und fern zuteil wurden, sage ich hiermit herzlichsten Dank.
Münster i. W. S. Wehler.

Dresden
Schroters Restaurant, Mathildenstraße 14 vis-a-vis Mathildenstraße 7 empfiehlt sich den Dresdner Buchdruckern zur gefl. Einkehr.
Sonnabends Schlachtfest!
Am 1. Juni verstarb unser werter Mitglid, der Seher [881]
Erig Stadlhuber
aus Wasserburg a. S. im Alter von 36 1/2 Jahren an Blinddarmentzündung. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Mitgliedschaft München.

Adressen für Zusendungen an den Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer:
für Artikel, Sozialpolitik und Genossenschaftswesen: Willi Strahl;
für Rundschau, Volkswirtschaft und Literarisches: E. Schaeffer;
für Sonderangelegenheiten und Gewerkschaftswesen: Karl Sillig;
für Verbandsschriften, literar. Offerten, Postanweisungen usw.: Georg Sillig;
[ähnlich in Leipzig, Salomonstr. 8. (Fernspr. 14111.)
Etrage und Hausnummer sind stets anzugeben!]